

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

15 (19.1.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Mustestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 3 ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 3. Sonntags 15 3. — Anzeigen: die einpaltige Kolonnenzeile 20 3,
auswärts 25 3. Reklamen 80 3. Annahmestunde 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich
Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Die ersten Tage des Wechselbalges

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Ich — ist das eine Meile! Die „nationalen“ Männer sind inzwischen in der Wilhelmstraße eingezogen, der Wunsch der Volkspartei, eine „staatsbeherrschende Regierung auf rein bürgerlicher Grundlage“ ist erfüllt. So lange er nicht in Erfüllung gegangen war und die „nationalen“ Männer als Oppositionsführer außerhalb der Regierung standen, wußten sie mit dem Mundwerk alles besser. Vor allem wollten sie dem Deutschen Reich im Ausland wieder Ansehen und Kredit verschaffen. Es bedurfte nicht einmal einer 24stündigen Amtstätigkeit, sondern nur der Ernennung zum Minister, um zu zeigen, wie es mit dem Kredit unserer „nationalen“ Männer in der Welt beschaffen ist. Aber schneller, als man dachte, hat die Auslandspresse die Einbildung der Oppositionellen in das richtige Licht gestellt! Auf der ganzen Welt gibt es kaum eine Zeitung, die der Regierung Luthers auch nur das geringste Vertrauen entgegenbringt. Sie darf also den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, das deutsche Ansehen im Ausland erniedrigt und mit der Kreditwürdigkeit unseres Landes gespielt zu haben. Jawohl, das haben die Namen „Schiele“ und „Neuhans“ erreicht, bevor ihre Inhaber auch nur eine Amtshandlung vorgenommen haben.

Aber es kommt noch schlimmer — die Meile wird noch größer! Als Herr Luther am Donnerstag den offiziellen Auftrag zur Bildung einer Regierung vom Reichspräsidenten erhalten hatte, ließ er dem Reichstagspräsidenten mitteilen, daß er am Freitag abend um 6 Uhr eine kurze Regierungserklärung abgeben wolle. Am Freitag vormittag erschien er tatsächlich bei 6 Uhr, um die Vorbereitungen über die geplante Sitzung zu besprechen. Gegen 3 Uhr nachmittags aber hatte sich Herr Luther die Sache anders überlegt. Er hat den Reichstagspräsidenten, die Tagesordnung der Regierungserklärung zu ändern und die „Entgegennahme einer Regierungserklärung“ erst am Montag abend 6 Uhr anzusehen. Was war geschehen? Der neue Reichstagspräsident des Bürgerblocks begründete die von ihm gewünschte Vertagung damit, daß er noch keinen Reichsfinanzminister gefunden habe. Richtig ist, daß der als Justizminister in Aussicht genommene Kölner Landgerichtsrat Schumacher sich für dieses Amt am Freitag morgen bedankt hat und auch Dr. Saemisch, dem das Reichsfinanzministerium zugeordnet war, diese mehr als zweifelhaftes Ehre ablehnte. Die Berliner Morgenpresse vom Freitag scheint also auf diese Herren ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. In Wirklichkeit war aber nicht ihre Ablehnung der eigentliche Grund der Abgabe des Reichstagspräsidenten an den Reichstag. Luther selbst ist viel zu klug, als daß er die Wirkung der Vertagung einer Zeit 24 Stunden angelegten Regierungserklärung, insbesondere auf das Ausland, nicht erkennen würde. Er weiß außerdem, daß auch bei früheren Regierungserklärungen die Regierungen vor den Reichstag getreten sind, ohne daß die Ministerien vollständig besetzt waren. Jedenfalls aber sollte der sozialdemokratische Reichstagspräsident die eigentlichen Gründe der Vertagung nicht erfahren. Aber dieser Versuch, unsern Genossen Löbe einen Bären aufzubinden, wurde bald enttüllt. Es stellte sich heraus, daß die eigentlichen Gründe der Vertagung in einem Kampf innerhalb der Reichsregierung und insbesondere zwischen der Fraktion der Volkspartei bzw. Herrn Stresemann über die Entlassungsfrage bestanden. Die Regierungserklärung konnte deshalb nicht fertig gestellt werden.

Es zeigen sich also die ersten Folgen der unverantwortlichen deutschnationalen Opposition. Jabelang haben sie nach einer Klärung der Schuldfrage durch die Reichsregierung geschrien und verlangt, daß eine Vertagung des Versailler Vertrags mit dem Bruch unserer Vertrauensverpflichtungen beantwortet wird. Jetzt sitzen ihre Vertrauensmänner in der Regierung! Sie sind vor dem Volke zur alle Amtshandlungen verantwortlich — und schon schlägt den Maulhelden von gestern das Gesicht. Nicht hört man mehr von der Schuldfrage und einem Bruch des Versailler Vertrags! Jemand etwas aber muß den Wählermassen hingeworfen werden, und dazu soll die Entlassungsfrage als Versuchsanstalt dienen. Stresemann als Außenminister will sich nicht dazu hergeben, weil er die Gefahren kennt, die damit verbunden sind, während der rechte Flügel seiner Fraktion sich auch heute wieder als Anhänger der Deutschnationalen zeigt und gegen den eigenen Minister durch die und dünn geht. Wahrhaftig, ganz Deutschland hat allen Anlaß, sich seiner jetzigen Regierung zu schämen. Sie ist nicht einmal in der Lage, sich auf eine Regierungserklärung zu einigen. Was soll erst werden, wenn sie zu regieren beginnt? Jedenfalls hat das Kabinett Luther am ersten Tage seines Bestehens bereits gezeigt, daß es nur größten Mißtrauens würdig ist.

Erklärungen Luthers an die Presse

SPD, Berlin, 17. Jan. Der neue Reichstagspräsident hat sich heute den Vertretern der Berliner Presse mit einer kurzen gemündeten Erklärung über die von ihm beabsichtigte Politik vorgestellt. Er will in der Hauptsache „alle staatsbeherrschenden Kräfte des Volkes zu positiver Mitarbeit im Interesse des Vaterlandes heranziehen“. Das ist ganz schön und gut! Aber Herr Luther scheint vergessen zu haben, daß in seiner Regierung auch Vertreter der Deutschnationalen Partei sitzen. Diese Partei hat im Reichstag wiederholt durch ihre Führer und insbesondere durch Graf Westarp erklären lassen, daß sie, wo es auch immer sei, gegen die Sozialdemokratie regieren werde und Deutschland nur wieder genesen kann, wenn diesem Grundsatz Folge geleistet wird. Entweder haben die Deutschnationalen jetzt auch diesen Grundsatz aufgegeben oder Herr Dr. Luther hat wieder einmal eine These verfochten, die nur in der Theorie besteht und niemals verwirklicht wird.

Herr Dr. Luther hat aber noch mehr erklärt. Er widerrief vor allen Dingen die „Gerüchte“ von angeblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung. Im Gegensatz hierzu erklärt die „Kreuzzeitung“, die sich bereits eifrig als Regierungsorgan fühlt, folgendes:

„Es lohnt nicht, auf die einzelnen Vermutungen einzugehen. Jedenfalls kann versichert werden, daß schwerwiegende Differenzen weder außen- noch innenpolitischer Art innerhalb des eben gebildeten Kabinetts bestehen und wenn insbesondere die Aufwertungsfrage von der Linken in die Debatte geworfen wird, so glauben wir, auch darüber unterrichtet zu sein, daß sich auf diesem Gebiete zwischen Dr. Luther und den Deutschnationalen ein Verständnis lassen wird oder bereits gefunden ist.“

Diese Erklärung der „Kreuzzeitung“ ist eine indirekte Bestätigung der von Dr. Luther bestrittenen „Gerüchte“. Sie läßt Differenzen im Kabinett zu — daß sie „schwerwiegend“ sind, hat niemand behauptet. Im übrigen muß doch auch dort, wo ein Weg zur Einigung gefunden werden soll, eine Differenz bestehen! Wer hat nun Recht, Herr Reichstagspräsident?

Stellung des Zentrums zum Kabinett Luther

Das Hauptorgan der bürgerlichen Zentrumspartei, der „Bad. Beobachter“, befaßt sich in seiner Samstag-Morgenausgabe unter der Überschrift „Der politische Weg des Zentrums“ in einem längeren Artikel, der, wie das Blatt besonders bemerkt, ihm von ermächteter Seite zugeht, mit den Gründen, die das Zentrum bewegen, die neue Regierungsbildung zu ermöglichen. In dem Artikel wird hervorgehoben, daß sich durch die Teilnahme eines fraktionsmittels und eines Parteimitglieds, dem insbesondere die rheinischen Sorgen anvertraut werden sollen, die Zentrumspartei nicht gebunden an das Kabinett fühle. Die Fraktion werde in jedem einzelnen Falle gewissenhaft prüfen, ob sie den Weg der Regierung mitgehen und ihre Vorlagen billigen kann. Die Zentrumspartei sei, von ihrer gemäßigten außenpolitischen Linie abgesehen, in erster Linie Verfassungskartei und dieser ihr Charakter könne durch keine irgendwie geartete Teilnahme an einem Regierungskabinett geändert werden. In weiten Kreisen der Zentrumspartei im Lande findet das Staatskabinett Luther eine, gelinde ausgedrückt, läßliche Aufnahme. (Hierzu bemerkt die Redaktion des „Badischen Beobachters“: „Sehr gelinde ausgedrückt!“) Die Zentrumswahlerschaft sei voller Mißtrauen und Bedenken. Soziale Spannungen und Gährungen im Lande seien dem neuen Kabinett nicht unfeindlich. Die Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage, die Gefahr, die eine länger andauernde Regierungsstille für sich schließlich zu einer offenen Verfassungskrise verwirkeln könnte, hätten das Zentrum veranlaßt, das Zustandekommen dieser neuen Regierung zuzulassen und sie durch parlamentarische Mittel zu ermöglichen.

Wir wollen hierzu zunächst nur so viel sagen, daß das Zentrum durch seine zweideutige Haltung wesentlich zur Geburt dieses ideenreichen Wechselbalges, der sich deutsche Reichsregierung nennt, beigetragen hat. Die republikanischen Parteien gerieten schon anfangs Dezember ins Hintertreffen gegenüber dem vordringenden schwarz-weiß-roten Ringel als das Zentrum die keine Koalition ablehnte, d. h. sich weigerte, die gemeinsame Front gegen Stresemann aufzurichten. Das Zentrum wird bald genug bei sich selbst die Empörung des Volkes über diese Mißgeburt verfochten, die ihr Dasein lediglich dem vordringenden Einfluß der politischen und wirtschaftlichen Triebkräfte der Schwerindustrie verdankt. Schon beginnen sich die christlichen Arbeiter zu rühren. Besonders im Rheinland ist die Empörung über die Regierung des sozialen Rückschritts sehr stark. Ein soeben eingelaufenes Radio-Telegramm meldet:

Essen, 18. Jan. (Eigener Funddienst.) Zu einer scharfen Abrechnung der christlichen Gewerkschaften mit der neuen Regierung wurde eine Versammlung, in deren Mitte eine Rede des Zentrumskabineetleiters und Arbeiterführers Ambusch stand. Obwohl er sich offensichtlich bemühte, beruhigend auf die aufgeregten christlichen Arbeiter zu wirken, erklärte er, daß eine Rechtsregierung, wie die Dr. Luthers, eine unhaltbare sei, wenn sie nicht

wenigstens in sozialer Beziehung fortschrittlich gesinnt sei. Wäre das nicht der Fall, dann zwingen sie alle Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, mit der Sozialdemokratie in schärfster Opposition gegen die Rechtsregierung zu treten. Dem Unternehmertum warf Ambusch vor, daß es die Arbeitsgemeinschaft lediglich solange gehalten habe, als sie für die Unternehmer von Vorteil war, nachher habe es sie gegen Gesetz und Moral rücksichtslos preisgegeben, obwohl es wissen mußte, daß die sozialen Gegensätze dadurch aufs Äußerste verschärft wurden. In der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Entlassung darüber ausgesprochen wird, daß das neue Reichskabinett die ständige Arbeitszeit in den Höfen erst zum 1. April einführt. Sie fordert weiter umgehende Einführung des Achtstundentages für die Schwerarbeiter.

Es kann u. E. als nicht ausgeschlossen betrachtet werden, daß die Kapitulation der Zentrumspartei vor den Deutschnationalen den Anfang einer neuen parteipolitischen Entwicklung darstellt, bei der die christliche Arbeiterbewegung sich von ihren bisherigen Interessenvertretern lösen wird.

Noch kein Reichsfinanzminister

Berlin, 19. Jan. (Eig. Funddienst.) Das Reichskabinett Luther, das sich heute abend dem Reichstag vorstellen will, hat bis zur Stunde den wichtigsten Posten des Reichsfinanzministers noch nicht besetzt, weil alle Bemühungen Dr. Luthers um einen Nachfolger im Reichsfinanzministerium bisher gescheitert sind. Nunmehr wird wieder der früher Sparkommissar Dr. Saemisch, der kurze Zeit auch in Preußen Finanzminister war, dem das Amt von Anfang zugeordnet war, der aber abgetreten hatte. Vermutlich dürfte der Reichstagspräsident die Ernennung Dr. Saemischs im Reichstag bekannt geben.

Eine treffende Charakterisierung des Wechselbalges

Berlin, 19. Jan. (Eig. Funddienst.) In der „Welt am Montag“ schreibt Helmut v. Gerlach unter der Überschrift: „Das vertrauensunwürdige Kabinett“: „Diese Regierung ist anti-sozial, anti-demokratisch, militaristisch, monarchistisch. Wie das berühmte Tier in der Tierarznei-Lunde, das an seinem Körper die Merkmale aller überhaupt existierenden Krankheiten trägt, weist das Kabinett Luther alle aus denkbaren Kennzeichen der Reaktion auf. Und dabei ist es noch nicht einmal komplett! Wenn in der jetzigen schauerhaften Lage überhaupt von einem größtenteils gesprochen werden kann, so sind es die Schwierigkeiten, die Herr Luther in der Rekrutierung seines Kabinetts findet. Überall postet er an, aber kaum hat der Eingeladene einen Blick in diese Dunkelkammer getan — da wendet sich der Gast ab mit Grausen. — Minister werden ist ja für viele Leute geradezu der Inbegriff ihres Sehnsüchtigen; aber Minister bloß für die Reichsregierung — da schreckt denn doch der Acherittisch!“

Das italienische Wahlgesetz angenommen

Rom, 18. Jan. (Eig. Funddienst.) In den späten Abendstunden des Samstag hat die Kammer das neue Wahlgesetz mit 268 gegen 19 Stimmen angenommen, nachdem die Regierung nicht zuletzt infolge Einpruchs der sozialistischen Arbeitervertreter, auf die Einführung des Kurat-Wahlrechts verzichtet hatte. Das neue Gesetz schreibt 400 Abgeordnete, also auf rund 70 000 Einwohner einen Abgeordneten vor. Die Wahl erfolgt mit relativer Mehrheit, ohne Stichwahl. Die Kammer hat sich auf etwa 14 Tage vertagt, während die Ausschüsse vom Kammer und Senat bestimmen bleiben, um die neue Wahlkreisverteilung durchzuführen.

Mussolini schwer erkrankt

Genf, 19. Jan. (Eig. Funddienst.) In der Schweiz treffen, angeblich von unbedingt zuverlässiger Seite, Nachrichten aus Rom ein, die den schlechten Gesundheitszustand Mussolinis bekräftigen. Er leide an schweren Nervenleiden und Gefäßstörungen, was die natürliche Folge eines alten Lebens sei, dem er in der Jugend zum Opfer gefallen ist. In der letzten Sitzung des schweizerischen Rates seien diese Dinge zur Sprache gekommen, doch sei angesichts der kritischen Lage beschlossen worden, vor der Öffentlichkeit strengstes Stillschweigen zu bewahren und sich vorläufig mit einer sorgfältigen Überwachung Mussolinis zu begnügen.

Die Lippeschen Landtagswahlen

Berlin, 18. Jan. Nach einer Meldung des „Montag“ aus Detmold hatten die Lippeschen Landtagswahlen folgendes Ergebnis: Es erhielten die Sozialdemokraten 8 Mandate, die Deutschnationalen 6, Deutsche Volkspartei und Zentrum je 3 Mandate, Christlicher Gewerbeverein, Kommunisten, Demokraten und Wirtschaftsvereinigungen je ein Mandat.

Gewerkschaften und Feuerung

Berlin, 18. Jan. (Privattelegramm.) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der IFA, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der IAG, Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Beamtenbund haben an die beteiligten Ministerien zwei Schreiben gerichtet, in denen sie sich gegen die Einführung von Mehrschichten und für die Herabsetzung der Milchpreise einsetzen.

7 mexikanische Banditen erschossen

Mexiko, 17. Jan. In Verbindung mit dem Nord an dem Deutschen Dinspeter wurden sieben Banditen von verhafteter Kanallerie gefangen genommen und summarisch erschossen.

Diebstahl und Plünderung

Wie gegründet wurde

II.

Aus mehreren industriellen Unternehmungen des berühmten Eisenbahnkapitalisten Stroußberg bildete die Diskontogesellschaft die Dortmund Union. Das Kapital wurde auf 11 Millionen Taler festgelegt, trotzdem das Unternehmen einen wesentlich geringeren Wert hatte. Nach einem Jahr erhöhte man das Kapital auf 13,2 Millionen. Die Aktien wurden mit 108 Prozent an der Börse eingeführt, man steigerte sie durch Vorkauf bis auf 180 Prozent, so daß der Kurswert der gesamten Aktien 23 Millionen Taler ausmachte. Wenige Jahre später war der Kurs der Union-Aktien gewaltig gesunken. Die Gründer, wie wir gesehen haben, alles hochachtbare Leute, hatten aber inzwischen schon das Bett abgeschöpft. 1870 kaufte Graf Senkel Donnerstag vom Staat die Obersteleische Königs- und Laurahütte für 1,2 Millionen Taler; dazu erwarb er die Laurahütte, die etwa den gleichen Wert hatte. Daraus wurde die Aktien-Gesellschaft Königs- und Laurahütte gemacht mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Taler, das 1873 auf 9 Millionen Taler erhöht wurde. Die Kurse stiegen bis auf 261, im Jahre 1876 aber waren sie auf 57 gefallen. Bei dem Bau der Berliner Stadtbahn ging es so zu: Zunächst verschaffte man sich durch die guten Beziehungen zu der Regierung die Konzession. Dann kaufte man zu wahren Spottpreisen „in sich“ für 12 Millionen Taler Grundstücke in Berlin. Diese Grundstücke hatten die Gründer natürlich schon vorher zu niedrigen Preisen erworben, als die Eigentümer noch nicht ahnten, daß die Spekulation die Konzession bereits in der Tasche hatte. Als die Baugesellschaft 20 Millionen Taler zur Weiterführung des Unternehmens aufnehmen wollte, stieß sie auf Schwierigkeiten. Nun wandte sie sich an den Staat um Hilfe. Herr Riquel trat im Abgeordnetenhaus warm dafür ein, die Bahn sei eine „militärische Notwendigkeit“, im Falle eines Krieges mit Rußland könne die Armee von Westen nach Osten 4 Tage schneller durch Berlin befördert werden, als ohne die Bahn. Man sieht, wie sich auch bei dieser Gelegenheit Patriotismus und Geschäft miteinander vertragen. Es kam eine Aktien-Gesellschaft zustande, an der sich der Staat als Hauptaktionär beteiligte. Man wendete der alten Gesellschaft die Grundstücke an 10 Prozent unter dem Buchwert abzunehmen, der Uebnahmepreis entsprach etwa dem Dreifachen des wirklichen Wertes. Keinerlich ist es bei fast allen Gründungen zuzusehen, besonders bei dem Bau von Eisenbahnen. Was Sinnes im Jahre 1923 vermüßlichen wollte, das hatte die Diskontogesellschaft nach dem Kriege schon vorweggenommen: Sämtliche Eisenbahnunternehmungen in Deutschland, auch die bereits im staatlichen Besitz befindlichen, sollten in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelt werden. Der Plan konnte allerdings nicht durchgeführt werden, es kam der große Krach.

Die Plünderung der öffentlichen Kassen.

Die Gründer aus der damaligen Zeit konnten die öffentlichen Kassen noch ganz anders für ihre Zwecke mißbrauchen als die heutigen Stinnes, Kautzler und Gnossen. Die Diskontogesellschaft war zwar mit einem Nominalkapital von 20 Millionen Talern ausgestattet und die Provinzialdiskontogesellschaft hatte ihr noch weitere 6 Millionen Taler zur Verfügung gestellt. Aber diese Summen reichten nicht entfernt dazu aus, um alle Papiere der von ihr gegründeten Gesellschaften bei sich zu behalten. Aus den französischen Milliarden waren die früheren Staatsschulden zum Teil abgezahlt worden und dadurch befand sich ziemlich viel flüssiges Geld im Publikum. Trotzdem war dessen Aufnahmefähigkeit für die Gründerbaviere nur beschränkt, der Absatz der Aktien, Obligationen und Prioritäten floß. Zuerst half man sich dadurch, daß man im großen Umfange Wechsel ausstellte, sie untereinander girierte und dann bei den öffentlichen Kassen diskontierte. Man erzielte dabei wieder einen hübschen Gewinn, denn der Staatsbankdiskont war niedriger als die Zinsen und Provisionen, die man an dem für die Wechsel erzielten Gelde verdienen konnte. Große Summen wurden den Gründern auch in bar gegeben. So ließ der Finanzminister Campenon der Diskontogesellschaft aus der Preussischen Staatskasse 3 Millionen Taler zu 2 1/2 Prozent ohne jede Deckung. Gleichzeitig gab die Seehandlung viele Millionen von Talern an andere Gründer zu ebenso unglaublich niedrigen Zinssätzen. Das größte Geschäft mit der Seehandlung wurde im Herbst 1875 durchgeführt. Die Diskontogesellschaft besaß für 242 Millionen Mark Prioritäten verschiedener von ihr gegründeten Bahnen, die sie selbst auf höchstens durchschnittlich 90 Prozent genommen waren. Die Preussische Seehandlung kaufte ihr diese Papiere zum Durchschnittskurs von 99 1/2 Prozent ab. Die Seehandlung gab sie allerdings mit einem achtel Prozent Provision an den Invalidenfonds weiter, von dem jetzt zu reden sein wird.

Ein Riesenbetrug.

Den größten Betrug am Staate verübten die Gründer bei der Bildung des Invaliden-, des Reichstagsgebäude- und des Festungsbaufonds. Diese drei Fonds wurden vom Staate mit 247 Millionen Talern Kapital ausgestattet. Als die dafür eingesezte Behörde in Funktion trat, fand sie die Fonds fast vollständig in Papieren angelegt, und zwar hatte die Seehandlung auf Anordnung des Reichskanzleramtes den Ankauf befohlen. Die Diskontogesellschaft und die anderen mit der Regierung verknüpften und veräugerten Gründer hatten diese schon Jahre vorher zur Errichtung dieser Fonds bearbeitet, und bevor noch die Öffentlichkeit davon etwas erfuhr, kauften die Gründer zu ihren eigenen Beständen große Mengen von falschen Papieren auf, um sie der Fondsverwaltung anzuhängen. Im Oktober 1875 hatten die drei Fonds für 322 1/2 Million Mark ungarantigte Prioritäten zumeist von Eisenbahnunternehmungen. Insbesondere die Diskontogesellschaft war an die Fonds sehr unsichere, zum Teil völlig wertlose Prioritäten los geworden. Die Diskontogesellschaft hatte also auf Staatskosten wiederum riesige Profite gemacht. Bis zum 1. Juli 1876 sollten diese Papiere

durch andere ersetzt werden. Inzwischen war aber der Krach ausgebrochen, die Regierung konnte die Prioritäten nicht mehr unterbringen. Sie brachte nun im Reichstag ein Gesetz ein, daß eine Fristverlängerung von vier Jahren für die Veränderung der Papiere festsetzte. Ein Mitglied der Verwaltungskommission des Invalidenfonds, v. Rositz-Ballwitz, erklärte bei der Beratung, daß die Prioritäten fast alle vor Zutritt der zuständigen Behörde auf Befehl des Reichskanzlers Bismarck anaufkauft worden seien. Ueber die Einzelheiten des ganzen Geschäftes hüllten sich die Regierungsvertreter in Schweigen; die bürgerlichen Abgeordneten, die zu einem erheblichen Teil selbst dabei beteiligt waren, hielten sich wohlweislich, mehr als oberflächlich an diese Dinge heranzugehen.

Kleinere Schwindelgeschäfte.

Es gab dann noch ähnliche Betrügereien verhältnismäßig kleineren Maßstabs. Die Regierung ließ neue Goldmünzen ausprägen, das Silber sank im Werte. Nun kauften die Banken die neuen Goldmünzen auf, hielten dafür Silber in die Staatskassen, schmolzen die Goldmünzen ein und verkauften die Barren teurer an die Münze, als sie die geprägten Münzen bezahlt hatten. Für diese Münzpolitik waren die Minister Delbrück und Campenon verantwortlich, ihre guten Beziehungen zu den Banken haben diesen zahllose Millionen von Talern an Profit eingebracht. Als der Staat dazu überging, die Eisenbahnen zu verstaatlichen, suchten die Gründer möglichst hohe Preise dafür zu erzielen. Nach dem preussischen Eisenbahngesetz mußte der Staat, wenn er eine Bahn kaufte, das 2/3 des Durchschnittspreises der letzten fünf Jahre bezahlen. Um den Kaufpreis zu steigern, setzten die Gründer die Karre für den Güterverkehr, der den Hauptteil der Einnahmen brachte, beträchtlich herauf. Man ließ ihnen das selbstverständlich durchsehen. Die Einnahmen wurden also künstlich erhöht, der Staat mußte bei der Erlösung des Kaufpreises ganz gehörig bluten.

Die Korruption der öffentlichen Meinung. Die bürgerliche Presse machte bis auf wenige Ausnahmen den Gürtel für den Staat. Viele Blätter beschäftigten sich mit dem Nachdruck der Inveritate für die Schwundelunternehmungen. Andere waren mit dem Ertrau dieser Worte nicht zufrieden, deshalb beteiligte man Dreyer, Redakteure und Briberichterflötter am Gründergeschäft. Hiermit nicht genug, wurden die Berichte über den Verlauf der Werke so abgefaßt, daß das Publikum zu immer neuem Ankauf der falschen Papiere gereizt wurde. Uebereinstimmend fand sich die Klame für die Gründer und ihre Schwundelunternehmungen in den größten Blättern, wie in der „Kreuzzeitung“, in der „Post“, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Einzelnen Blättern ist damals die direkte Beteiligung am Gründergeschäft nachgewiesen worden.

Wie weit die Korruption der sogenannten öffentlichen Meinung getrieben wurde, das hat der Zentrumsabgeordnete Reichensperger in der Sitzung vom 10. Mai 1873 ausgeführt: „Ich kann versichern und bin im Notfalle bereit, Namen zu nennen, daß lediglich zu dem Zweck, um angesehene Personen und Beamte hohen Ranges zu veranlassen, gleich beim ersten Können der Trommel durch Mitunterzeichnung ihres Namens für die Gründung Klame zu machen, höchst bedeutende Summen aboten und gezahlt worden sind mit dem Verbot, daß man die betreffenden Personen hernach laufen lassen und weiter keinen Anbruch an sie machen wolle. ... Ich bin bereit Namen zu nennen und tatsächliche Fälle vorzuführen, wo derartige oft ungeheure Summen an hochgestellte Personen und Beamte, deren Namen einen weiten und guten Klang haben, gezahlt worden sind, lediglich damit diese ihren Namen als Konterounterstützung zu dem Gründungsunternehmen hergaben.“ Niemand war im Reichstag, der „Namen“ verlangte. August Hebel befand sich in Haft und damit hatte man sich des einzigen unbenutzbaren Opponenten entledigt; niemand war aber auch im Reichstag, der die Angaben des Herrn Reichensperger bezweifelte.

Der Zweck der Uebuna.

Mit Recht konnte die Sozialdemokratische Partei in ihrem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit im Reichstag von 1871 bis 1874 feststellen: „Es ist sehr bedauernd für den Charakter des Klassenstaates, daß die kleinen Unregelmäßigkeiten, welche in der Arbeiterbewegung hin und wieder vorkommen sein mögen, ihm den Vorwand sofort abgeben müssen, mit drakonischen Maßnahmen gegen die ganze Arbeiterklasse vorzugehen, während der Diebstahl, die Plünderung und der Schwindel zu groß der bestehenden Klassen, wie er namentlich bei dem Gründungswejen zu Tage getreten ist, ungehört seine Organe feiert, am helllichten Tage einbergeht, ohne daß ein Gesetzgeber oder ein Staatsanwalt sich verpflichtet fühlt, einzuschreiten.“ Das gilt auch für unsere Zeit. Und wenn die bürgerliche Presse, die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Justiz versuchen, die parlamentarische mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen, so wird damit nur der Zweck verfolgt, den Schleiher des Verfassens über die ungeheuerlichen Betrügereien zu verdecken, die von den Stinnes und Konsorten am deutschen Volke verübt worden sind.

Schloß Mainau — ein sozialistisches Geschenk an den Prinzen Max

„Aus der „Berliner Tagwacht“, dem bekannsten linksradikalen schweizerischen Parteiblatt, erhielt man dieser Tage (aus seiner Nummer 3 vom 6. Januar), der Reichspräsident Ebert und die Reichsregierung hätten in einem Schreiben vom 8. November 1919 dem Prinzen Max von Baden, dem letzten Kaiser des kaiserlichen Deutschland, den Dank für seine „treue Mitarbeit in den weltgeschichtlichen Stunden der Revolution“ ausgedrückt und ihm gleichzeitig mitgeteilt, die Reichsregierung habe als Anerkennung dafür in vertraulicher Sitzung beschlossen,

„den früher gefassten Vorsatz, das Schloß Mainau im Bodensee für Zwecke der Volkswohlfahrt zu enteignen, aufzugeben und diesen herrlichen Stammsitz der Vorfahren Euer Durchlaucht (!) Ihnen zu ewig unantastbarem Eigentum zu übertragen“. Es wird dabei in dem Brief bemerkt, aus dieser Dankesbezeugung werde „aller Gewisheit werden“, daß die vom Volke erwählten Führer am 8. November 1918 wohl für die Abdankung Wilhelms II. aber „ebenso energisch für die Beibehaltung der Monarchie und die Regentenschaft des kaiserlichen Enkels eingetreten sind“. Und damit die „Republikaner“ des Weltkrieges vor der Arbeiterwelt moralisch vollends vernichtet werden, sind unter dem Brief neben derjenigen Eberts nur die Unterschriften von Bauer und David, also zweier sozialistischer Mitglieder der Reichsregierung von 1919, gesetzt, obwohl in der letzteren damals bekanntlich auch eine Anzahl bürgerliche Minister (Demokraten und Zentrumsleute) saßen.

Was es mit diesem Brief des schweizerischen Parteiblattes auf sich hat, das geht aus der folgenden Zuschrift hervor, die einer der genannten damaligen Reichsminister, Genosse Dr. David, an die „Tagwacht“-Redaktion in Bern gerichtet hat. Es lautet:

„Sehr geehrte Redaktion! In Nr. 33 der „Berliner Tagwacht“ bruden Sie einen Brief ab, den die deutsche Regierung im November 1919 angeblich an den Prinzen Max von Baden geschickt hat, und in dem Sie diesem mitteilen, die Reichsregierung habe in vertraulicher Sitzung beschlossen, ihm das Schloß Mainau zu ewig unantastbarem Eigentum zu übertragen. Sie bemerken dazu, der Brief sei bis jetzt nicht bemerkt worden, „er sei also wohl leider erst“. In diese Vermutung knüpfen Sie eine ebenso herbe wie unbegründete Bemerkung über die „Herren Ebert u. Co.“. Gehalten Sie mir, dessen Name ebenfalls unter dem seltsamen Schriftstücke steht, dazu folgendes zu bemerken:

1. Der angebliche Brief ist eine ganz plumbe Fälschung.
2. Das von Ebert bis zum letzten Buchstaben erfundene Nachwort tauchte zuerst bei der Reichstagswahl 1920 auf und wurde damals nicht einmal, sondern buchstäblich in der Presse und in Versammlungen demontiert.
3. Bei politisch einigermaßen orientierten Lesern hätte es eines solchen Dementis freilich gar nicht bedurft, da das Nachwort nach Inhalt wie nach Form den Stempel der Fälschung ganz offen zur Schau trägt. Insel und Schloß Mainau sind altes Privatgut der ehemaligen großherzoglichen Familie von Baden und gehören heute noch dem letzten regierenden Großherzog Friedrich II. Auch die neue badische Regierung hat bei den Benutzungsvereinbarungen an diesem Besitz nichts ändern können. Die Idee, daß die Reichsregierung, der über dieses Objekt niemals ein Verfügungsrecht zustand, auf den Gedanken verfallen wäre, es dem Kaiser Friedrich abzunehmen, um es seinem Vetter Max zu schenken, ist mehr als absurd. Die Reichsregierung hat niemals eine geheime oder nichtgeheimte Sitzung in dieser Sache gehabt; sie hat niemals ein Dankschreiben an den Prinzen Max geschickt für dessen Tätigkeit als Reichskanzler, geschweige denn ihm ein Geschenk gemacht, weder aus Reichs-, Landes- noch Privatgut.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Eduard David, Reichsminister a. D.

Soffenlich ist hiermit diesem plumpen Schwindel, der selbst die kommunistischen Lügen- und Fälschungskünste tief in Schatten stellt, nun endlich einmal definitiv der Krone abgedreht!

Eine freche jungerliche Verleumdung

Die Reichspresse ist außer sich über den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingereichten Antrag, der das Strafgesetzbuch im § 92 infolgedessen ändern will, als Landeskerricht nicht mehr vorliegen soll, wenn über geschwändrige Zustände wahrheitsgemäße Mitteilung gemacht wird. Das Jungerblatt, die „Deutsche Tageszeitung“, verleiht sich a. D. zu folgender, von Gemeinheit förmlich triefender Verleumdung:

„Seit Jahr und Tag fliegen die Hälle zwischen Frankreich und den Genossen hin und her. Wenn diese für ihre Partei gerade irgendeinerlei Hilfe, sei es woher auch immer, benötigen, dann wird Flug von „geheimen Mitteilungen“ gefaselt, und nicht lange dauert, dann haben darüber die gespielten Öhren den „Hunnspruch“ weitergeleitet in jene Fingerringe, die Bedürfnisnoten am besten vorzubereiten und abzufassen verstehen.“ Es gehört eine eiserne Stirn dazu, in dem Augenblick, wo eben erst in Leipzig der Redakteur Müller wegen des Vorwurfs des Landesverrats gegen den Genossen Breitfeld zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, die Sozialdemokratie von neuem als Helfer, Schlichter und Hüter des Landesverrats zu beschuldigen. Die Mut der „Deutschen Tageszeitung“ und ihrer deutschnationalen Hintermänner ist jedoch sehr leicht zu verstehen. Die kommende Entente-Note über die Untersuchungen der Militärkontrollkommission wirkt bereits ihre Schatten voraus, und diese Schatten haben den deutschnationalen eine geradezu archaische Angst eingeatmet. Dämmert bereits der Herrschende, daß Ministerstühle aus Sorgenstühle sein können? Draußen im Land glaubt das blindegläubige Gefilde der hohen Herrschaften, daß die deutschnationalen Minister sich wie Helde erheben werden, wenn die Entente-Note kommt und mit den Herren in Paris und London in der Sprache des Götz von Berlichingen reden werden. Bangt den Helde vielleicht vor ihrer Helldenrolle? Ganz wie die homerischen Helde beginnen sie den Kampf mit einem fürchterlichen Geschimpfe. Schlimm ist, daß sie sich dabei so sehr überdrehen. Wir fürchten, daß sie ihren Mut schon ganz verbraucht haben, wenn die eigentliche Helldenrolle beginnt.

Kommunisten-Erklärung zur Regierung Luther

Die „rote Fahne“ veröffentlicht eine Erklärung der kommunistischen Reichstagsfraktion zur Regierung Luther. In ihr wird gesagt, daß die Kommunisten die Regierung Luther als eine offene Regierung der Monarchie und des unbedingten Kampfes gegen die Arbeiterklasse betrachten. Die Regierung Luther bedeute nicht allein schärfste Unterdrückung der gesamten Arbeiterklasse, völlige Zerstörung des Achtundtags- und des Zweischichtensystems im Ruhrbergbau, sondern auch eine Herabsetzung der Löhne, Schutzgoll und härtere Steuerbelastung für die besitzlosen Massen.

Nachdem die kommunistische Erklärung das festgelegt hat, lernt sie sich natürlich eine besondere Gemeinheit gegen die

Sozialdemokratie. Es gibt überhaupt in der ganzen „Roten Fahne“ nicht eine Notiz oder einen Artikel, der nicht einen Angriff für die SPD. bedeckte, und der die SPD. für alles verantwortlich macht. Wörtlich ist zu lesen: „Die Räteregierung rechnet fest darauf, daß sie bei allen ihren Plänen von der SPD. in allen Teilen unterstützt wird.“

Der Sinn dieser Verleumdung liegt klar auf der Hand. Auch den Kommunisten fehlt dafür die Einsicht nicht, daß sie jetzt vollkommen in den Hintergrund treten, da als ausschlaggebende Oppositionspartei nur die Sozialdemokratie in Betracht kommt.

Vom Niedergang der Kommunistenpartei

Wie aus Solingen berichtet wird, hat die Radikalisierung der Kommunisten auch im Solinger Industriegebiet Erscheinungen zur Folge, an denen die Moskauer und Berliner Praegisierer wenig Freude haben dürften. In den letzten Wochen ist eine starke Austrittsbewegung aus der kommunistischen Partei festzustellen, die sich bis in die Reihen der Führer ausdehnt. Namentlich sind die erst im Dezember gewählten kommunistischen Stadterwerberfraktionen von dieser Austrittsbewegung betroffen. In einzelnen Städten des Solinger Industriebezirks sind zwei und mehr Stadterwerber der SPD bereits ausgetreten. Besonders stark tritt die Austrittsbewegung in der Stadt Ohligs in Erscheinung, wo schon 25 Prozent der SPD-Fraktion ihre Kassen niedergelegt haben. So ist auch der bekannte kommunistische Abgeordnete der Stadt Ohligs Menge aus seiner Fraktion ausgeschieden, womit die kommunistische Partei des Solinger Industriebezirks einen ihrer Hauptführer in der Kommunalpolitik verloren hat.

Aus dem preussischen Landtag

BRN. Berlin, 16. Jan. Der preussische Landtag schloß die Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Untersuchung der Angelegenheit betreffend Kreditgewährungen der Preussischen Staatsbank an ausländische Konzerne (Wormal-Ausfluß) auf 29 fest und begann dann die Verlesung der Erklärung des Ministerpräsidenten. Der Kommunist Berlin begründete das Mißtrauensvotum seiner Partei gegen die Regierung, v. Gempe (D.F.P.) begründete folgenden Antrag seiner Partei: Da gemäß Artikel 45 der preussischen Verfassung bei Beginn der Tagung eines neu gewählten Landtages der Ministerpräsident neu zu wählen ist, beschloß der Landtag: „Der weiteren Tätigkeit des Ministeriums Braun steht die verfassungsmäßige Grundlage“, und führte dazu u. a. aus: Wir haben drei Jahre aus voller Überzeugung eine Politik der großen Koalition mitgemacht, weil wir den Aufbau des neuen Staates nicht allein den Kräften überlassen wollten, die die Revolution machten. Jetzt wollen wir auch die aufbauenden Kräfte der deutschen nationalen Volkspartei beteiligen. Wir erwarten, daß der Ministerpräsident die Vertrauensfrage stellt und sich nicht mit einem abgelebten Mißtrauensvotum begnügt.

Ministerpräsident Braun führte aus: Der Verfassungsausschuss braucht nicht durch Neuwahl des Ministeriums gelöst zu werden, sondern für die Entscheidung solcher Fragen ist der Staatsgerichtshof zuständig.

Am nächsten Verlauf seiner Rede kam der Ministerpräsident auf die Vorzüge bei der Ausdehnung gegen die Weiterbesetzung der Ämter hinzu zu sprechen. Er vertritt, ihm sei der Beschluß des Reichstages nicht mitgeteilt worden. Diese Erklärung rief Bewegung hervor und veranlaßte die Ämter. Wo ist der Präsident Bartels? Aber auch, wenn er diesen Beschluß gefaßt hätte, fuhr der Redner fort, würde er sich in dieser Frage nicht den Mund haben verbieten lassen. Redner wandte sich gegen verschiedene Äußerungen des Abgeordneten von Gempe und erklärte zu der Äußerung Gempe über die Revolution, Revolutionen können überhaupt nicht gemacht werden. Wäre es anders, dann wäre die Revolution gemacht worden, die das Volk in den Krieg geißelt und den Frieden verhindert hätten. Redner wandte sich gegen die Schwenkung der Politik der Volkspartei und schloß mit den Worten: Wenn wir auf unserem Posten bleiben, so handeln wir im Interesse unseres Landes und Volkes.

Der Abg. Hirsch (Soz.) verurteilte als nächster Redner das Vorgehen der Volkspartei bei der Ausdehnung über die Kölner Zone und wandte sich gegen die Verfassungsauslegung des Abgeordneten Gempe. Er stellte sich auf den Boden des Gutachten des Justizministers und lehnte die Anträge der Kommission und der Volkspartei ab. Der Zentrumskoordinator Dr. Schmidt-Lichtenberg erklärte sich ebenfalls gegen die verfassungswidrige Auslegung der Verfassung. Er sprach sich für die Verweisung des Antrags der Volkspartei an den Verfassungsausschuß aus. Hierauf vertagte sich das Haus auf Dienstag nächster Woche.

Neue Ernennungen

Berlin, 17. Jan. (Eig. Kundendienst.) Die jetzige Reichsregierung ist das beste Ebenbild des Cuno-Kabinetts. Sie braucht deshalb natürlich auch einen Cuno-Presschef, den sie inzwischen auch bereits gefunden hat. Es handelt sich um den bisherigen Ministerialrat in der Reichsanzeiger Namens Kiep, der in seinem Leben mit der Presse noch nichts zu tun gehabt hat. Seine bisherigen Leistungen bestanden in dem Überlegen englischer und französischer Noten. Auch auf der Londoner Konferenz ist er als Dolmetscher amfänglich gewesen. Die Berliner Presse nimmt Herrn Kiep scheinbar in der Erwartung gelassen hin, daß er mit seinem Herrn und Meister bald wieder die Wilhelmstraße räumt. Als Staatssekretär der Reichsanzeiger ist der bisherige Ministerialdirektor Dr. Fr. Rembner ernannt. Er ist ein Mann, der bereits unter den verschiedensten Regierungen seine Arbeitskraft loyal zur Verfügung gestellt hat. Es ist zu erwarten, daß er versucht wird, auch jetzt möglichst in objektivem Sinne zu wirken.

Weitere Kriegsgerichtsurteile in Abwesenheit

Paris, 17. Jan. Das Kriegsgericht in Lüttich hat gestern, wie angekündigt, gegen den deutschen Oberst Theismann und den deutschen Major Sedemann in Abwesenheit verurteilt. Die deutschen Offiziere werden beschuldigt, der Tötung von 121 Zivilpersonen aus der Gegend von Mollan im Jahre 1914. Beide Offiziere wurden zum Tode verurteilt.

Wie das „Journal“ ferner meldet, hat das Kriegsgericht von Namur gestern in Abwesenheit gegen drei deutsche Offiziere verurteilt: gegen den Major Henne vom 3. Infanterieregiment, der beschuldigt wird, einen 18jährigen Knaben, angefallen in Lempoux erschossen zu haben, gegen den Hauptmann Collani, der aneckisch überführt sei, einen Geistlichen eines Taubstummeninstituts ermordet und das Schloß Bonines in Brand gesetzt zu haben, jedoch die verwundeten Franzosen und Belgier, die sich darin befanden, im Feuer unangefallen zu lassen, und gegen den Oberst Dumpe, der aneckisch überführt sei, vier Säuger in Flamen in Brand gesetzt zu haben. Das Gericht verurteilte Henne und Collani zum Tode, Dumpe zu 20 Jahren Zwanagsarbeit.

Aus dem Freistaat Baden

Wiederbeginn der Landtagsfähigkeit

Am Donnerstag nachmittag nahm der Haushaltsausschuß seine beratende und beschließende Tätigkeit wieder auf; die Fraktionen treten am Montag nachmittag zusammen und am Dienstag früh 9 Uhr findet öffentliche Sitzung des badischen Landtages statt. Damit ist der laufende Gang der parlamentarischen Tätigkeit bis zum Schluß der diesjährigen Legislaturperiode eingeleitet. Und im Herbst finden Neuwahlen statt. Von den Punkten, welche der Haushaltsausschuß beraten wird, seien erwähnt:

Die Hagelversicherung und der Staat

Der Landtag und der demokratische Abg. Schön hatten im November 1924 folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen: Im Nachtrag zum Voranschlag 1924/25 sind 300 000 M. zur Förderung und Verbilligung der Hagelversicherung in Baden bereitzustellen.“

Berichterstatter war Abg. Weisbach (Ztr.). Er wies darauf hin, daß die Teilnahme an der Versicherung infolge der Annäherung auf dem Geldmarkte zurück gegangen sei. Die Verhältnisse sollten rasch geregelt werden. Weisbach stellte folgenden Antrag:

„Der Haushaltsausschuß beschließt:

1. Die Regierung solle mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft ausfinden der sich zu versichernden Landwirte einen Vertrag wie in früheren Jahren abschließen;
2. einen Betrag von 500 000 M. zu einem Hagelversicherungsfonds in den Staatsnotenschlag einstellen und in den kommenden Jahren die Hälfte der Nachschubprämie tragen.“

Die Aussprache wurde in der Hauptsache von Vertretern der Regierung und vom Landtag bestritten. Man einigte sich dahin, dem Finanzminister die beiden Anträge, den des Landtages und den Antrag Weisbach, zur Beantwortung bzw. Stellungnahme zu überweisen. Interessant waren die Angaben der Regierung über die Schäden des Hageljahres in einzelnen Jahren. So betrug der Hagel Schaden in Baden im Jahre 1891 nur 613 000 M., 1905 aber 8,7 Millionen Mark.

Die Zahl der Versicherten ist rapid zurückgegangen und zwar von 45 000 versicherten Landwirten vor dem Kriege auf 24 578 im Jahre 1924. Der Zwang zur Versicherung wurde von dem Landtag abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Redner regt noch an, auch darüber Angaben zu machen, was der einzelne Landwirt an Beiträgen für die Hagelversicherung zu leisten hat. Die Versicherungssumme fürs vor dem Kriege war 55 Millionen Mark, im Jahre 1924 aber nur 22 1/2 Millionen Mark.

Der Spruch des Reichsgerichts und die unteren Beamten

Darüber berichtete der Abg. Dr. Glöckner, daß neben ihm noch ein Vertreter der unteren Beamten in Leipzig dabei sein mußte; hierfür war der Oberamtsmeister Ludwig bestimmt. Der Einspruch des Reichsfinanzministeriums gegen die Steigerung der Gehaltsschritte von 12 1/2 auf 20 Prozent für die Gruppen von 1—6 ist mit 5 gegen 2 Stimmen für begründet erklärt worden. Die Lauespresse hat bereits darüber berichtet. Die Einwände der badischen Vertreter hätten einen Erfolg nicht gehabt. Baden habe keine Befugnis, über die Regelung des Reiches hinauszuweisen; auch die badische Regierung unterliege dem Befehlsgewalt der Reichsregierung. Mit Rücksicht auf die Finanzverhältnisse der Reichseisenbahn hätte man bei der November-Regelung für die unteren Beamten nicht höher gehen dürfen. Dort hätten die Ausgaben zusammen mit denen der Post, der Kriegsbeschädigten usw. 145 Millionen Mark betragen, wenn man für alle Beamten von Gruppe 1—6 die 20 Prozent bewilligt hätte. Es war also für die badische Regelung ein obliegendes Urteil nicht zu erreichen.

In der Aussprache dankte der Vorsitzende Marum den beiden Vertretern Badens. Die sich zur Sache selbst äußern den Abgeordneten bedauerlich außerordentlich den Spruch des Reichsgerichts und oaben mehrfach ihrer Empörung berechneten Ausdruck. Diese Reagerte sich noch, als ein sozialdemokratischer Vertreter ankündigte an die Mitteilung des Reichsrichters Dr. Glöckner, daß man mit Rücksicht auf die Reichsbahn das letztemal den unteren Beamten nur 12 1/2 Prozent bewilligt habe. Er machte zahlenmäßige Mitteilungen über die Höchst von der Reichsbahn ausgesetzten Prämien, welche für die Gruppe 1 und 2 von 600 M. für Gruppe 9 jährlich betragen hätten. Ab Gruppe 10 und höher habe man 6000—12 000 M. an Prämien verteilt! Manche Beamte hätten in der Weichsachzeit mehr Prämien wie Gehalt empfangen. Ingesamt waren 85 Millionen Mark als Prämien vorzulegen; für Einzelbeholdungen hat man 17 Millionen Mark reserviert, aber 68 Millionen für Vierteljahresprämien ausgegeben. Im Hinblick auf diese Zahlen klingt es wie Ironie, wenn man sich in Leipzig auf die Reichsbahn berufen habe, um die unteren Beamten so schlecht abzuweisen. Mit den Prämien-Beträgen hätte man viele tausende Eisenbahner vor dem Abzug bewahren können. In Offenbach habe man 142 Entlassungen, darunter 112 Beurlaubte vorgenommen. Seit bis zu 42 Jahren habe man entlassen. Daraus, daß man nur 1/2 der Beamten mit Prämien bedachte, sei eine völlige Demoralisierung eingetreten; langjährige Freundschaften einzelner seien in die Brüche gegangen. Diese Mitteilungen riefen sichtlich Erregung hervor; man fand dieses Vorgehen der Reichsbahn einfach unverständlich.

Finanzminister Köhler bemerkte zu dem Leipziger Schiedspruch, daß die badische Regierung sich nunmehr selber darnach richten müsse. Wegen der Entlassung badischer und auch wegen der Prämien habe er Vorstellung bei der Hauptverwaltung erhoben.

Damit war in der Hauptsache die Aussprache beendet. Wiederum hat es sich gezeigt, daß der badische Landtag gerne bereit wäre, die Annerkennung der Befehlsgewalt zu befeitigen, daß ihn aber daran das Sperrgesetz hindert. Also weg mit diesem Gesetz!

Der Ausbau der Kalischächte in Buggingen

Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Beteiligung an Kaligewerkschaften in Baden zugegangen. Nach diesem Gesetzentwurf wird der Finanzminister ermächtigt, die Mittel, die zur weiteren Durch-

führung der im Gesetz über die Beteiligung an Kaligewerkschaften in Baden vorgesehenen Ausgaben erforderlich sind, bis zum Betrag von weiteren 2 800 000 Reichsmark, wenn nötig, im Wege des Staatskredits, flüssig zu machen. Er wird weiter ermächtigt, für etwa von den badischen Kaligewerkschaften aufzunehmende Anleihen bis zum Höchstbetrag von insgesamt 7 500 000 Reichsmark zusammen mit den anderen Gewerlen die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen. Der Kredit von 2 800 000 Reichsmark ermächtigt sich in diesem Falle um den Betrag der Bürgschaft, für den das Land Baden im Innenverhältnis aufzukommen hat.

Dem Gesetzentwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben, die zunächst eine Darstellung des Baues der Kalischächte in Buggingen enthält und sich dann mit dem weiteren Ausbau dieser Schächte beschäftigt. Es wird dabei daraufhin abgelehnt, daß früher oder später der Bau eines zweiten Schachtes unter allen Umständen eine unbedingte Notwendigkeit sein wird. Auch ein Fabrikbau sei ins Auge zu fassen. In der Begründung wird auch erneut auf die Höhe der Tätigkeit der Bugginger Kalialz hingewiesen. Der Gesamtanfang der gebauten und noch zu bauenden Anlage wird auf rund 16,3 Millionen Mark veranschlagt. Es wird angenommen, daß der erste Schacht in der Mitte des Jahres 1925 das Kalilager erreicht haben wird, der Ausbau des Schachtes, die Herstellung des Füllortes und die Auffahrung der ersten Streden wird aber immerhin einige Monate noch in Anspruch nehmen. Der zweite Schacht werde voraussichtlich im März 1927 vollendet sein und das Unternehmen werde im Laufe des Jahres 1928 auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit stehen.

Entwicklung der badischen Kraftverkehrs-gesellschaft

Die badische Regierung hat dem Landtag eine Denkschrift über die Entwicklung der Badischen Kraftverkehrsgesellschaft ausgeben lassen. Diese Gesellschaft entstand aus den während des Krieges zur Bedienung der Verkehrsnot von der Heeresverwaltung gebildeten sogenannten Heimaufkommen, die wegen der weitgehenden Zerrüttung des Verkehrsnetzes auch nach Beendigung des Krieges zunächst als Hilfsdienststellen des Reiches weitergeführt werden mußten. In der Denkschrift wird besonders hervorgehoben, daß die Kraftverkehrsgesellschaft für öffentliche Zwecke außerordentlich wertvolle Dienste leistete, als nach dem Aufbruch der Eisenbahnverkehrsweniger-Kohl eingestellt wurde. Die Gesellschaft übernahm damals neben der Nebenbahn Bülbi-Kohl-Lahr den gesamten Güterverkehr von und nach Kohl und hat hierbei von Februar bis Oktober 1923 insgesamt 63 276 Tonnen Güter befördert. In den schwierigen Inflationsjahren hat die Gesellschaft einen Verlust ihrer Substanz nicht erlitten. Die Abicht einer Liquidation der Gesellschaft blieb beim Reichsverkehrsministerium auf starke Hindernisse. Das Reich legte auf das Vorhandensein eines derartigen Kraftwagenparks, wie ihn die Badische Kraftverkehrsgesellschaft besitzt, zur Ueberwindung unvorhergesehener Schwierigkeiten in der regelmäßigen Verkehrsbedienungs nach wie vor besonderen Wert. Unter diesen Umständen mußte Baden dem Weiterbestehen der Gesellschaft zustimmen. Wenn sie aber weitergeführt und mit Erfolg arbeiten soll, muß sie, wie in der Denkschrift hervorgehoben wird, lediglich verproletarisiert und möglichst vollständig mit neuen Wagen ausgerüstet werden. Ein Teil der alten Kraftwagen der Gesellschaft ist schon verkauft, die noch vorhandenen müssen allmählich abgetrieben werden, damit die Gesellschaft zum mindesten über einen Park von 15 modernen Kraftwagen verfügt. Die Gesellschafterversammlung hat deshalb mit dem Aufsichtsrat die Erhöhung des Geschäftskapitals um 100 000 M. beschlossen. Das Reich hat dafür bereits Mittel vorgeesehen und Baden wird die ihm angebotene weitere Beteiligung von 66 667 M. übernehmen müssen.

Aus der Partei

Die Internationale der Hinausgeworfenen

In der letzten Zeit waren Bestrebungen im Gange, eine neue internationale Gruppierung zu schaffen. Die Initiative geht von der maximalistischen Partei Italiens aus, ihre vornehmlichste Förderin ist Angelica Balabanow. Außer der genannten Partei ist nur eine größere Partei, die norwegische „Arbeiterpartei“ in der Kombination. Auf andere kleine Gruppen wie die Hoelund-Partei in Schweden, die Linken Sozialisten-Revolutionäre Rußlands, die Lebedow-Gruppe in Deutschland wird gerechnet. Die Schweizer Sozialdemokratie hat zu der Frage noch nicht Stellung genommen, aber ihre Presse wendet sich ebenfalls gegen den Versuch.

Die Pariser kommunistische „Humanité“ berichtet über eine in Berlin abgehaltene Konferenz, an der aus Deutschland die Gruppe Lebedow und die Gruppe Theodor Liebknecht, aus Frankreich die Gruppe Paul Louis, ferner die Linken Sozialisten-Revolutionäre Rußlands und die italienischen Maximalisten teilgenommen haben sollen, während die norwegische Arbeiterpartei nur einen Beobachter geschickt hatte und die schwedische Hoelund-Partei gar nicht vertreten war. Dem Bericht zufolge hat Lebedow, der anfangs den Vorsitz führte, diese Funktion im weiteren Verlauf der Verhandlungen niedergelegt. Ein Programmentwurf, den die Linken Sozialisten-Revolutionäre vorlegten, erregte Widerspruch und die Konferenz ging ziemlich ergebnislos auseinander; es wurde beschloffen, in zwei Monaten wieder zusammen zu treten.

In diesen Bestrebungen kommt eines deutlich zum Ausdruck: das Schicksal der Moskauer Internationale. In den ersten Jahren nach dem Waffenstillstand übte Moskau eine so große Anziehungskraft aus, daß eine neue Gruppierung von Parteien entstand, die diesem Einfluß besonders ausgekehrt war — wie vor allem die USR, Deutschland und die Sozialistische Partei Frankreichs — und die diesem Einfluß Widerstand zu leisten suchten: das war die Wiener Arbeiteremancipation. Heute vollzieht sich der umgekehrte Prozeß. Die Arbeiteremancipation ist so groß geworden, daß sich nun eine eigene internationale Gruppierung bildet die Internationale der Hinausgeworfenen. Diese Gruppierung wird, wenn sie zu Stande kommen sollte, keine besondere Bedeutung erlangen; sie ist nur insofern bedauerlich, als sie ein weiteres Hemmnis der Einigung des italienischen Proletariats bilden wird, die im Kampfe gegen den Faschismus und insbesondere in den Stürmen, die nach der Abdankung des Faschismus zu erwarten sind, von größter Wichtigkeit wäre. Die psychologische Schwierigkeit, in der sich die Mitglieder dieser neuen Konfiguration befinden, ist leicht beachtlich, aber sie werden sie mit der Zeit überwinden lernen und sich von den Ketten des bolschewistischen Übergebens befreien können.

Reichsgründungsfeiern Feier der Völkischen

Legten Freitagabend versammelte sich der gesamte Karlsruher „völkische“ Kreis — ein Sammelsurium schwarz-weiß-roter Reaktionen, Völkische, Ostentkrieger, Deutschnationale, Wange und Halb- und Halbe, Deutsche Volksparteiler, Militärveterane, Kriegerveterane, Studenten, eben Alles, was nichts verachtet, aber noch weniger etwas gelernt hat — im großen Saale der Stadt, Festhalle, um angeblich eine Feier der Reichsgründung zu begehen. Ein Recht zu einer solchen Feier steht natürlich gerade diesen Gesellschaften am allerwenigsten zu, ihr Tun ist eine ebensolche Anmaßung, wie es eine Anmaßung ist, daß sie sich erdreisten, das Wort völkisch für sich in Anspruch zu nehmen. Die ganze Aufmachung dieser „Feier“ war denn auch ein nationalitäts aufgesetztes Theater, eine Demonstration der Abneigung gegen den heutigen Staat, gegen die Republik, eine Kundgebung für die schwarz-weiß-rote Nationalidee. Den Ruhmhebern des alten Systems ist ja bekanntlich nichts heilig, sie können weder Vaterlandsliebe, noch Religion, weder Volksgemeinschaft, noch Opferbereitschaft, wenn ihre eigenen persönlichen Interessen gefährdet sind; und wenn sie eine Förderung ihres Geschäfts daraus schöpfen, dann machen sie eben auch in Reichsgründungsfeiern. Zu behauern sind nur die Tölpel, die in völkischen, die Dummen und Tölpel, die immer noch auf den nationalitäts Schwindeln und Schwindeln herumlaufen und für bare Münze nehmen, was jene Spekulanten, jene deutschnationalen und völkischen Drahtzieher ihnen als Romabie vorspielen.

Als „völkischer“ Redner produzierte sich in diesem völkischen Theater ein Beamter der Republik, der sinreichend bekannte Oberregierungsrat und Oberstaatsanwalt a. D. Bauer, der verflorenen Reichstagskandidat der Deutschen Volkspartei. Die Rede entsprach dem geistigen Niveau der Besucher — Durchläufer der „Karlsruher Tagblatt“-Rede — es war ein „Wortlaut“ all jener Reden, die man vor dem Kriege bei jedem Kriegesfest, bei jeder Sedansfeier, bei jeder Kontravertensammlung zum Heberdruck zu hören bekam; wie beim „Karlsruher Tagblatt“: Ton in die Hauptsache, Geist überflüssig! Geschichtliche Tatsachen und Wahrheiten kennt ein alter Oberstaatsanwalt nicht. Also wird halt Hurra-geredet, vom „Dormer der Schlachten“, in dem die deutsche Kaiserkrone geschmiedet wurde, von „Deutschlands Fürsten“, die sich um Preußens König geschart, vom Kaiser Wilhelm, dem Einen, der die Einheit des Reichs geschaffen“ ist, ist. Man kennt ja zur Genüge den Text. Früher folgte dann programmäßig die „Heil dir im Siegerkranz“-Hymne, und jetzt unterließ man sich, weil man schon früher geworden ist, auf dieses Geschehen das schöne Deutschland eines republikanischen Dichters zu setzen. Und dann noch militärische Paradenmärsche, und der Klammern ist zu Ende. Das dumme Volk darf sich heimwärts tröhlen, die Drahtzieher laden sich ins Häußchen. — Und der Oberbürgermeister der republikanischen Bundeshauptstadt der badischen Republik bringt es fertig, sich ein schwarz-weiß-rotes Demonstration beizumischen und dem Theater dadurch den Schein einer behördlichen Zustimmung zu geben. —

Feier des Volkes

Zu Sonntag früh hatte die badische Staatsregierung zu einer Reichsgründungsfeier eingeladen. Der Verlauf nach schon durch die Schicklichkeit und Würde selbst von der Reichsgründungsfeier demonstriert am Freitag ab. Ein Wappenschild von ersten, arbeitskräftigen, beratungsbereiten, staatsbürgerlichen und völkischen Männern und Frauen; die weiße Halle durch schwarz-rot-goldene und gelb-rote Fahnen festlich aufgemacht; die Schupman der Republik, das Reichsbanner in nationaler Aufsicht — für ihre Unterbringung allerdings sehr schlecht geeignet — die Staats- und völkischen Behörden vollständig vertreten; eine ernste und feierliche Versammlung in würdiger, feierlicher Rahmen. Die feierliche Dichtung von Richard Strauß „Lob und Verkürzung“ vom Erbkaiser des Landesherren unter Leitung von Generalmusikdirektor Wagner mit hinreichendem Schwunge gespielt, ein gewaltiger Applaus. Dann eine Rede eines Historikers, des demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Götz aus Weipzig. Rein militärischer, nationalitäts Schwandl! Bismarck eine Stunde Geschichtswissenschaft, Mitteilung geschichtlicher Wahrheiten. Etwas anders steht in dem Auge des Geschichtsforschers das Werden des Reiches aus, als in dem banalen Kriegervereinsgerede eines Oberstaatsanwalts. Da ist es nicht mit dem „Dormer der Schlachten“, mit dem erhabenen Preußenkönig und seinen Baladinen zum Herum, mit der „redenhaften Erscheinung des Einen“, des Otto v. Bismarck. Ein elendes Handeln und Schandens, Heißens und Mordens war es, ein harter Kampf gegen die Widerstände der Parteien, einzelner Männer und Parlamente, wäre doch belohnend die ganze Weltmacht Bismarcks gefangen gefest worden — nicht vor dem Franzosen, sondern von den eigenen preussischen Landstürmen — wenn dessen König nicht schließlich nachgegeben hätte. So sah jene Reichsgründung im Jahre 1871 aus. Draußen stürzte allerdings das Volk im guten Glauben, wie es in gutem Glauben von 1914—1918 auch gebietet hat. Dr. Götz schilderte jene Sehnsucht des deutschen Volkes nach der Einheit, die eine durchaus demokratische Idee war, er schilderte die Widerstände, die der Verwirklichung jener Idee entgegengekehrt wurden. Es ist doch auch begreifbar, daß vor dem Kriege weit weniger der Reichsgründungsfeier als vielmehr der Sedanfeier gefeiert wurde. Auf dem Altan, und dem Guten, das es uns überliefert hat, heute der Redner das Neue auf. Auf der Einheit der deutschen Stämme beruht das Schicksal Deutschlands. Dieser Gedanke muß lebendig bleiben und muß unzerstörbar sein. Diese Idee der deutschen Einheit wurde von dem Redner in fesselnder Weise aufgearbeitet. Der deutsche demokratische Staat bedarf des Gesundheitsgedankens und der Erinnerung an die Reichsgründung um der großen nationalen Tradition willen, deren auch die Demokratie nicht entbehren kann, denn wo es möglich ist, muß Alles und Neues wiederum verbunden werden, und es ist unsere Aufgabe, das Weibende dieser Tradition zu sondern vor dem Vergangenen. Die Geschichte hat gesprochen: Das Kaiserreich ist gefallen, die Einheit der deutschen Stämme ist geblieben. Die Einheit ist freilich nicht nur eine kostbare Überlieferung, sondern unentbehrliche Grundlage des deutschen Staates. Zudem beruht die praktische Notwendigkeit von deutschen Staat, deutscher Wirtschaft und deutscher Kultur zusammenhängen liegt mit den berechtigten Forderungen des nationalen Selbstbewußtseins. Letzter er über zu dem deutschen Nationalität, das in der Zeit der Ohnmacht entstanden, dennoch prophetischen Wert besitzt. Mit unerschütterlichem Vertrauen in ihr Dasein und ihr Recht müsse die Nation tragen, was ihr vom Schicksal auferlegt sei und mit neuen Kräften, neuem Aufstieg und der Vereinigung der

Deutschen des Reichs und Deutsch-Oesterreichs entgegenstehen. — Mit hümmlichem Beifall tat die Versammlung ihre Zustimmung zu den interessantesten Darlegungen des Redners kund. Die zwei ersten Verse des Deutschlandliedes — es fiel sehr auf, daß der dritte Vers nicht gesungen wurde! — beschloßen die würdige Veranstaltung, die aber auch nach jeder Richtung hin hümmelnd abschloß von dem schwarz-weiß-roten Theater am vergangenem Freitag.

Die Reichsgründungsfeiern in den Schulen

Während in den Volksschulen am Samstag von seiten der Lehrerschaft auf den Tag der Reichsgründung durch entsprechende Ansprachen aufmerksam gemacht wurden, hatten die Technischen Hochschule und das Staatsrealgymnasium besondere Feiern veranstaltet. Die Feier der Hochschule fand am Samstag vormittag 11 Uhr in der Festhalle (Heiner Saal) statt, wozu sich Rektor und Senat, sowie der Lehrkörper und die Studentenschaft eingefunden hatten. Ein Musikvortrag des akademischen Orchesters eröffnete den Akt, worauf Prof. Schönbach, Professor für Geschichte von der Hochschule, die Festrede hielt und das Thema „Deutsche Geschichte und deutscher Charakter“ behandelte. Er betonte u. a., daß die deutsche Geschichte sich vorwärtsbewegt habe unter den ungünstigsten Schicksalsbedingungen und Gegenständen wie bei keinem anderen Volke. Die Arbeitslosigkeit sei Deutschlands Los geworden, durch die Jahrtausendelange deutsche Geschichte sei der Sieg der patriarchalischen Gemalten hervortretend und die Landstädte seien bei Katastrophen und Siegen — 1806, 1913, 1871, 1918 — das Bekahren geblieben. — Nach der mit allseitigem Beifall aufgenommenen Festrede erfolgte der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes, der die Feier beschloß.

Gemeindepolitik

Konstanz des südlichen deutsche Flughafen. Die Geschäftsstelle des in Vorbereitung befindlichen Luftverkehrsvereins Konstanz verbreitet sich in einem längeren Aufsatz über die Ausichten der Stadt Konstanz als südlicher deutscher Flughafen und teilt dabei mit, daß schon seit länger als drei Monaten mit Rücksicht auf die Einbeziehung der Stadt Konstanz in das Luftverkehrsnetz gearbeitet werde. Durch Beschluß des Stadtrats ist der frühere Flugplatz (alter Exerzierplatz bei Stromerleidorf) seiner Bestimmung weiter zugewidmet worden. Die Handelskammer Konstanz hat in einem Rundschreiben alle größeren Industrie- und Handwerksbetriebe, Bankinstitute, Hotels, Verkehrsunternehmen usw. aufgefordert, sich an der gründenden Luftverkehrsvereinsgesellschaft zu beteiligen. Die zu erstellende Flughalle wird mit Holz- und Balkenbau versehen werden; der Flugplatz soll bis Ende März landbefähig sein. Als Fluglinie wird zunächst die Strecke Konstanz-Karlsruhe-Manheim (über Stuttgart) in Frage kommen. Außerdem wird die Möglichkeit bestehen, von Konstanz nach München zu fliegen und für spätere Zeit ist beabsichtigt, die Fluglinien mit Wasserflugzeugen nach Basel und dem Züricher See zu erweitern.

Gewerkschaftliches

Tagung des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes Bremen

Der Vorstand und Ausschuss hatte die Beiratsmitglieder und Gauleiter zu einer wichtigen Sitzung am 11. d. M. eingeladen. Einmal handelte es sich um die beschlossene weitere Bekämpfung der Tabakindustrie durch Steuern und Zölle, dann um die Lohnfrage. Aufbau des neuen Reichsstaats, die vollständig ungenügende Erwerbslosenfürsorge, Arbeitslosigkeit, Gesundheitsverhältnisse innerhalb der Tabakindustrie und Ausbau der Organisation. Einmütigkeit bestand darin, jede Bekämpfung der Tabakindustrie durch Steuern und Zölle abzulehnen, weil durch derartige Maßnahmen ein Aufstieg der Tabakarbeitererschaft zu auskömmlichen Löhnen erschwert und Arbeitslosigkeit, also Not und Elend, die Folge sein wird. Die zurzeit bestehenden Löhne wurden als vollständig ungenügend bezeichnet und beschlossen, den Tarifentwurf der Leuerungsvereinsvereine anzupassen. Der vorliegende Tarifentwurf erhielt seine Zustimmung. Da die Zigarrenfabrikanten den Streikspruch, welcher ab 1. Januar eine Lohnerhöhung von 10 Prozent gebracht hätte, abgelehnt haben, waren sich die Vertreter einig, daß beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit beantragt werden muß. Von einem recht rüchständigen sozialen Standpunkt aus das Verhalten der Zigarrenfabrikanten diesem Streikspruch gegenüber. Die Lehre für die Tabakarbeiter ist, nun erst recht alle Maßnahmen ergreifen, um die schnellsten Forderungen durchzuführen. Mit besonderer Erugetung wurde der Bericht entgegengenommen, daß eine forgeschickte Aufwärtsentwicklung im Verbands seit geraumer Zeit festzustellen sei. Diese Bewegung muß von allen Mitgliedern mit Kräften unterstützt werden in allen Orten und Betrieben. Die finanziellen Verbindlichkeiten der Organisation veranlassen die Vertreter, zu beschließen, vom 1. April ab die Arbeitslosen-, Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung einzuführen, um so die Not der in Frage kommenden Mitglieder zu lindern. Es höher die Beitragsleistung, desto höher sind auch die Unterhaltungen in allen Fällen. Mit der Zeit werden die Unterhaltungen erhöht. Die Hauptaufgabe des Verbandes ist selbstverständlich, menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Eingehend wurde die mangelhafte Erwerbslosenunterstützung behandelt, und von der Regierung verlangt, die Reichsarbeitslosenunterstützung einzuführen. Um die Gesundheitsverhältnisse der Tabakarbeitererschaft zu beheben, ist unerlässlich, daß die 48stündige Arbeitswoche als Maximum durchgeführt wird. Zu gleicher Zeit ist notwendig, daß alle Betriebe regelmäßig und gründlich von der Gewerbeinspektion kontrolliert werden. Nachdem noch verschiedene Sachen besprochen, besonders interne Organisationsfragen, konnte der Vorabend die vom besten überlieferten sozialistischen Geistes getragene Konferenz schließen mit der Hoffnung, daß die gefassten Beschlüsse zum Wohle unserer Mitglieder ausfallen mögen. Diese Tagung wird ein Merkmal sein in der Geschichte der deutschen Tabakarbeiterbewegung.

Kleine badische Chronik

* Uraben. Ein ganz gemeiner Vorkensreich ist in einer der letzten Nächte im Walde zwischen Bieffental und Engelshöhe verübt worden. Hier war in etwa 50 Zentimeter Höhe ein harter Frost über die Straße gekommen. Ein von seiner Arbeitsstätte aus dem Mannheimer Industriegebiet heimkehrender Arbeiter fuhr mit seinem Karren gegen das Hindernis und kam schwer zu Fall. Ein Motorfahrzeug konnte noch im letzten Augenblick auf das Hindernis aufmerksam gemacht und vor Schaden bewahrt werden.

* Untergrombach. Mittwochabend wurde eine größere Anzahl Schafe auf einem Bahnübergang zwischen hier und Weingarten von einer aus der Richtung Karlsruhe kommenden Lokomotive überfahren und getötet.

* Königsbach. Man schreibt uns: Es muß bedauern, wie wenig den gerechten Wünschen der evangelischen Kirchengemeinde seitens des Oberkirchenrats Karlsruhe entgegengekommen wird. Infolge Krankheit wurde unser früherer Pfarrer pensioniert. An seine Stelle trat vor Jahresfrist Herr Pfarrer Bier. Wenn man berücksichtigt, was Herr Bier in seinem ersten Amtsjahre für die hiesige Gemeinde geleistet hat, braucht man sich über den so zahlreichen Besuch der Donnersstags abend hier stattgefundenen Protokollversammlungen nicht wundern. Der Oberkirchenrat Karlsruhe will Herrn Pfarrer Bier aus unserer Gemeinde verweisen. Der gesamte Kirchengemeinderat war wiederholt in Karlsruhe vorstellend, um die Wünsche der Gemeinde darzubringen. Auf schriftliche Anträge erhält der Kirchengemeinderat vom Oberkirchenrat überhaupt keine Antwort. Der Oberkirchenrat verfügt über den Kopf des hiesigen Kirchengemeinderats die Verletzung des mit Recht hier so beliebten Pfarrers. An oberster Stelle sollte man doch das größte Interesse haben, daß das sittliche und religiöse Leben hier wieder Wurzel faßt. Hoffentlich führt man in Karlsruhe diese Absicht nicht aus, und läßt den Herrn Pfarrer in seiner Stellung, was dem Oberkirchenrat sowie der gesamten Kirchengemeinde nur von Nutzen sein kann.

* Forzheim. Die Explosion im hiesigen Krankenhaus, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, hat auch in anderer Hinsicht nunmehr noch Nachwirkungen, die mit dem eigentlichen Vorfall in keiner Verbindung stehen. So wurde das Vertragsverhältnis mit zwei Ärzten des Krankenhauses gelöst. Als Grund wird bekannt gegeben, daß sich der Stadtrat im Interesse der Ordnung veranlaßt sah, das Dienstverhältnis mit zwei Anfallsärzten zu lösen.

* Reulshausen. Hier wurde ein 21 Jahre alter Rechner der Arbeitervereinsgesellschaft wegen Betrug und Urkundenfälschung verhaftet. Er hatte in seinen Büchern Arbeiter, die längst entlassen waren, weitergeführt, die Löhne für sie erhoben und mit gefälschten Unterschriften quittiert. Die Höhe der erzwungenen Gelder ist noch nicht festgestellt.

* Erbers. Der abnorme Winter 1925 brachte im hiesigen Gebiet die seither auffällige Wettererscheinung, daß bei einem Barometerstand von einer Höhe wie er seit Jahr und Tag hier nicht beobachtet wurde, es zu ziemlich kräftigen Niederschlägen in Form von Regen kam, zweifellos ein Kennzeichen für die außerordentliche Reichweite des Einflusses der über dem Nordmeer lagernden Tiefen.

* Hausen a. N. (Hohenlohekreis). Der 14 Jahre alte Sohn des Landwirts Karl Bucher wollte vor einigen Tagen mit seinem gleichaltrigen Bruder Ben von der Ebene herunterholen. Beim Steigen der Leiter löste sich ein Holzgriff und der Junge fiel auf den Bemerkboden der Unterterme herab. Nach wenigen Stunden verstarb der Verunglückte.

* Reuterhausen. Der vermittelte Maurer Gg. Weber wurde im Kesseloch ertrunken aufgefunden. Ob Weber verunglückt ist oder Selbstmord begangen hat, ist nicht ganz aufgeklärt.

* Gagau bei Heberlingen. Durch Feuer ist das gesamte Anwesen des Landwirts Gieseler zerstört worden; das Feuer soll in einem schadhafsten Backofen ausgebrochen sein.

* Ammensaad (Bodensee). Das alleinstehende Anwesen des Fischers und Landwirts Bräuer ist durch Feuer zerstört worden. Es konnte so gut wie nichts gerettet werden.

* Sigen a. S. Ein ähnlicher gemeiner Raubüberfall wie der Graben wurde hier dadurch verübt, daß auf der stark abfallenden Landstraße einige Baumstämme gelegt wurden. Durch diesen nichtmännlichen Anschlag kamen zwei Radfahrer zu Fall und erlitten nicht unerhebliche Verletzungen.

* Weinheim. Infolge einer unrichtigen Gasleitung erfolgte in dem Hause Mainstraße 3 eine Zimmerexplosion, bei der ein 20 Jahre alter Bürche schwere Brandwunden im Gesicht erlitt. Auch sonst entstand ziemlich Schaden an Mobiliar und Mauerwerk.

Gesetzesvorlagen betr. Förderung des Baues von Kleinwohnungen. Die Regierung hat dem badischen Landtag eine Vorlage zu machen lassen, wonach das bisherige Gesetz über die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen dahin abgeändert wird, daß in dem § 3 des Gesetzes die Worte „200 Millionen Mark“ durch „fünf Millionen Reichsmark“ zu ersetzen sind.

Gegen Schmutz und Schund im Film. Auf Antrag des badischen Ministeriums des Innern hat die Filmoberprüfstelle in Berlin Teile des Films „Piraten Schiff“ (National-Film G. Berlin) wegen der verrohenden und entmenslichenden Wirkung dieser Teile des Films verboten.

Markt und Handel

Schweinemarkt in Bruchsal am 17. Januar 1925. Angefahren wurden: Milchschweine 127, Käufer 61; verkauft wurden: Milchschweine 110, Käufer 39; höchster Preis, Paar Milchschweine 50 M, Käufer 60 M; häufigster Preis, Paar Milchschweine 40 M, Käufer 65 M; niedrigster Preis, Milchschweine 25 M, Käufer 50 M.

Konkursverfahren. Das Konkursverfahren wurde eröffnet über das Vermögen der Firma Elffinger Weinimport G. m. b. H. in Rehl und über das Vermögen der Kolonialwarenhandlerin Frau Magdalena Krizien in Offenburg.

Gesundheitspflege

Die Zahl der Medizin-Studierenden sinkt, ebenso wie die Zahl der Studierenden in anderen Fakultäten, schon seit längerem von Semester zu Semester. Seit dem Winter 1923/24 hat die Gesamtzahl der Studierenden der Medizin in Deutschland um 31 Prozent abgenommen. Die Zahl der an reichsdeutschen Universitäten studierenden Ausländer hat sich dabei in beinahe demselben Maße verringert wie der einheimischen. Die Abnahme bei den studierenden Frauen ist dagegen etwas geringer. Im ganzen gibt es auf den deutschen Hochschulen ungefähr 9000 Studenten der Medizin, von denen etwa 7000 Reichsdeutsche sind. Recht groß ist die Zahl der Studentinnen der Medizin, sie betragen zurzeit ungefähr 1200.

Briefkasten der Redaktion

Grüßungen. Darüber gibt erst die Vorlage Auskunft, die unseres Wissens demnächst an den Landtag gelangt. Das weitere lesen Sie dann in dem betr. Kommissionsbericht des „Volksfr.“.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Anneliese, alt 4 Jahre, Vater Jof. Schief, Tel. Anspelter, Anton Clement, Schneider, alt 48 Jahre. Will. Weder, Obergeometer a. D., alt 81 Jahre, August Scherer, Brautmann, alt 78 Jahre.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 19. Januar

Geschichtskalender

19. Jan. 1576 Der Dichter Hans Sachs in Nürnberg. — 1805 Pierre Kroudon, sog. anarch. Theoretiker in Passy. — 1910 Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

„Goethe und die Frauen“, so lautet das Thema, über das heute abend 8 1/2 Uhr im Zeichenaal der Hebeschule Genossin Stiegeler-Durlach im letzten Vortrag des Bildungsturles für Frauen sprechen wird. Die Frauen haben den ersten vier Vorträgen mit großem Interesse gefolgt, sie seien aufgefordert, auch zu diesem Vortrage in der gleich großen Zahl zu erscheinen. Der Kurs „Praktische Übungen im Arbeitsrecht“ des Gen. Dr. Lehmann muß wegen plötzlicher Veränderung des Gen. Lehmann ausfallen und findet nun nächsten Montag statt.

Erwerbslosenfürsorge und Krankenkassen

Die Beziehungen zwischen der Erwerbslosenfürsorge und den Krankenkassen ergeben sich aus der Pflicht der Krankenkassen, die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge mit einzuziehen. Man ging seinerzeit, als das Beitragsverfahren der Erwerbslosenfürsorge festgelegt wurde, davon aus, daß für den Beitragseinzug, keine neue Behörde geschaffen werden sollte, sondern daß es volkswirtschaftlich richtiger sei, eine schon vorhandene Institution, die mit Arbeitgebern und Versicherten die nötige Fühlung hat, mit dem Beitragseinzug zu betrauen. Dieser durchaus richtige Gedanke hat leider die Folge gehabt, daß von Arbeitgebern und Versicherten angenommen wird, auch der Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge würde für die Zwecke der Krankenversicherung verbraucht. Nicht zum wenigsten darauf ist es zurückzuführen, wenn von der „Leuten“ Krankenversicherung gesprochen wird. Die so reden, sind im Irrtum. Die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge werden reiflos von der Krankenkasse an die Gemeinde abgeführt. Die Krankenkasse erhält lediglich einen kleinen Vorbehalt zu ihrem durch die Beitragsfestsetzung der Erwerbslosenfürsorge selbst haben die Krankenkassen leider nicht den geringsten Einfluß. Trotzdem ständig von den Krankenkassen beantragt wurde, daß ihnen in dem Verwaltungsausschuß der Arbeitsnachweise Sitz und Stimme eingeräumt werden möchte, ist das nicht geschehen. Die Kassen hätten mit ihren Erachtungen hier wohl manchen guten Rat geben können. Abgesehen hat sich der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung dieser Ansicht nicht verschlossen und hat deshalb den Landesämtern für Arbeitsvermittlung mit einem Rundschreiben vom 30. Dezember 1924 nahegelegt, die Krankenkassen an den Arbeiten der Verwaltungsausschüsse zu beteiligen. Hoffentlich machen die Verwaltungsausschüsse hiervon Gebrauch. Das würde besonders im Interesse der Versicherten und ihrer Arbeitgeber liegen.

Achtung, Betriebsräte

Morgen Dienstag abend 7 Uhr beginnt in der Gartenhochschule der Betriebsrätekurs. Hierzu sind sämtliche Betriebsräte, Funktionäre und Mitglieder des RWV mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung eingeladen. Es gilt, das Wissen zu bereichern, die geistigen Kräfte zu schärfen für den Kampf um Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Da darf keiner zurückbleiben, denn „Wissen ist Macht“.

Die Stellung der Sonne in den Zeichen des Tierkreises und die Jahreszeiten 1925

Die Sonne tritt in das Zeichen des Wassermanns am 20. Januar um 2 U. nachm., der Fische am 19. Februar um 5 U. nachm., des Widder (erreicht den Äquator und macht zum ersten Male im Jahre Tag und Nacht einander gleich, d. h. es beginnt der Frühling) am 21. März um 4 U. nachm., des Stiers am 20. April um 4 U. nachm., der Zwillinge am 21. Mai, um 4 U. nachm., des Krebses (kommt am Mittag dem Scheitelpunkt am nächsten und bringt die längste Dauer des Tages hervor, d. h. beginnt der Sommer) am 21. Juni um 12 U. Mittern., des Löwen am 23. Juli um 11 U. vorm., der Jungfrau am 23. August um 5 U. abends, der Waage (gelangt wieder zum Äquator und macht zum zweiten Mal im Jahre Tag und Nacht einander gleich, d. h. beginnt der Herbst) am 23. September um 3 U. nachm., des Skorpion am 23. Oktober um 11 U. abends, des Schützen am 22. Nov. um 9 U. abends, des Steinbocks (hat um Mittag den größten Abstand vom Scheitelpunkt und bringt den kürzesten Tag hervor, d. h. es beginnt der Winter) am 22. Dez. um 10 U. vorm. (Mit dem Eintritt der Sonne in den Löwen, wobei sie zugleich mit dem Hundstern aufsteht, beginnt die Zeit der sogenannten Hundstage.)

Der nach dem Süden ausgewanderte Winter

Während, wie aus Stockholm berichtet wird, die schwedische Meteorologen mitteilen, daß der Monat Dezember 1924 für Schweden der wärmste Dezembermonat seit 1789 gewesen ist, und auch in Deutschland gegenwärtig eine Mildertung herrscht, die weitaus mehr an den April als an den Januar erinnert, ist in verschiedenen Gegenden Italiens ungewöhnlich strenge Kälte aufgetreten. Nach Meldungen, die aus Mesopotamien eingetroffen sind, ist auch über Arabien ein ungewöhnlich strenger Winter hereingebrochen. Einer Meldung des „Berl. Tageblattes“ zufolge ist die Wüste von einer Schneeschicht von mehreren Zentimeter bedeckt. Bevölkerung, Tierwelt und Pflanzenwelt haben unter der Kälte schwer zu leiden.

Erste badische Luftfahrtausstellung in Karlsruhe

In der städtischen Ausstellungshalle veranstaltet der Karlsruher Luftfahrtsverein vom 31. Januar bis 8. Februar eine Luftfahrtausstellung, die eine Fülle von Interessantem bieten wird. Unter sechs Flugzeugen, von denen drei motorisierte Segelfluggesetze sind, wird der Luftschiffbau, der diesel- und Breiballons in Modellen und Latex angefaßt, ferner verschiedene Richtmotore, Flugzeugteile, wie Rumpf, Metallflügel usw., Bordinstrumente und Kompaß, Propeller, Flugzeugmodelle werden ihre Anziehungskraft ausstrahlen. Auf Wandtafeln wird die Luftverkehrsstatistik gezeigt und eine besondere Abteilung ist dem Luftverkehrs-Sicherungsdienst gewidmet, wie ihn die Meteorologie aufnehmen wird. Daneben sind Karten über den Luftverkehr und Flugpostmarken, interessante Flugpostkarten und eine literarische Sammlung usw. vorgelesen. Als Anregung für die Jugend werden Modelle mit Gummitraktor zu sehen sein, sowie Flugzeugbeschäftigungspläne.

Ganz besonderer Wert ist auf eine sehr reichhaltige Luftbildausstellung gelegt, die zahlreiche badische Orte und Württemberg zeigen wird, aber auch eine Menge von vorzüglichen Luftaufnahmen aus dem übrigen Deutschland enthält. Einige neue Motorradtypen und Motorkleidung werden das Gesamtbild vervollständigen. Um eine weitgehende Propaganda durch die interessante Ausstellung zu ermöglichen, wird der Eintrittspreis sehr niedrig gehalten werden.

Die Kilowattstunde

Die Verwendung der Elektrizität im Haushalt nimmt täglich zu. Trotzdem steht ein großer Teil der Verbraucher den Möglichkeiten und der Berechnung des von ihm benötigten Stromes fremd gegenüber. Die Wahrscheinlichkeiten für die elektrische Energie lassen sich am leichtesten veranschaulichen, wenn man den elektrischen Strom mit dem Strom des Wassers vergleicht. Dem Gefälle (Druck) des Wassers, also dem Höhenunterschied zwischen Quelle und Mündung, ähnelt im elektrischen Stromkreis die Spannung. Diese Spannung wird in Volt gemessen. Der sekundlich fließenden Menge des Wassers gleichbedeutend ist die Elektrizitätsmenge, die in jeder Sekunde eine Stelle des Stromkreises durchfließt. Man nennt diese Strommenge die Stromstärke und mißt sie in Ampere. Das Produkt aus Gefälle und sekundlicher Menge gibt beim Wasser die zur Verfügung stehende Leistung, so auch beim elektrischen Strom das Produkt aus Spannung \times Stromstärke, also: Volt \times Ampere = Watt. 1000 Watt sind ein Kilowatt (Kw.). Wird diese Leistung von 1 Kw. eine Stunde lang gebraucht, so ist die elektrische Arbeit einer Kilowattstunde (KWh) verbraucht, wie sie im Elektrizitätszähler angezeigt wird. Die gleiche elektrische Arbeit wird benötigt, wenn zum Beispiel 0,5 Kw. (500 Watt) 2 Stunden oder 0,1 Kw. (100 Watt) 10 Stunden geteilt werden.

Und nun einige Berechnungsbeispiele: Eine nicht abgeschlossene Metalllampe braucht bei einer Spannung von 120 Volt etwa 5 Watt mehr, als die Zahl ihrer Kerzen. Bei den Halbwattlampen ist der Wattverbrauch 1/2 Watt pro Kerze. Gasgefüllte Lampen werden nicht nach Kerzen, sondern nach Watt gemessen.

1 Kilowattstunde genügt also, um bei 120 Volt eine Metalllampe mit 50 Kerzen (gleich 55 Watt) rund 18 Stunden (1000 : 55) brennen zu lassen. Der Preis der elektrischen Arbeit beträgt im allgemeinen ca. 0,40 M für die Kilowattstunde, demnach für 1 Metalllampe mit 100 Kerzen 4,4 M die Brennstunde, von 25 Kerzen 1,1 M die Brennstunde, von 16 Kerzen 0,7 M die Brennstunde.

Gasgefüllte Lampen haben folgenden Stromverbrauch: 1 Lampe für 40 Watt zirkuliert 40 Kerzen kostet pro Brennstunde 2,4 M, 1 Lampe für 60 Watt zirkuliert 60 Kerzen kostet pro Brennstunde 3,0 M, 1 Lampe für 75 Watt zirkuliert 82 Kerzen kostet pro Brennstunde 4,0 M. Der Verbrauch für die Brennstunde eines elektrischen Plättchens mit einem Stromverbrauch von 400 Watt beträgt 16 M bei Lichtstrom.

Ein Wasserkocher mit etwa 1 Liter Inhalt verbraucht 550 Watt; er wird also in einer Zeitsunde für 2/3 Strom verbraucht und in dieser Zeit etwa 3-4 Mal je 1 Liter zum Kochen bringen.

(*) Warnung von Schwämmern. Unter der Bezeichnung „Gewerbeheim Wandenburg“ haben drei Personen in vielen Städten Deutschlands gewerbliche Gebäude gekauft. Die Aufnahmen sollten dann innerhalb einer bestimmten Frist in Lichtspielhäusern gezeigt werden. Als Engel hatten die Besitzer der gewerblichen Gebäude in verschiedener Höhe zu zahlen. Das ganze Unternehmen hat sich als Schwindel erwiesen. Nirgends sind bisher die übernommenen Verpflichtungen gehalten worden.

(*) Umleitung von Ferngesprächen am Ursprungsort. Es ist wiederholt von Fernsprecheinnehmern angeregt worden, auszulassen, daß Ferngespräche am Ursprungsort auf Wunsch nach einer anderen Sprechstelle, als von der sie angemeldet sind, geleitet werden. Diesem Wunsch soll — zunächst versuchsweise — entsprochen werden. Bei der Anmeldung von Ferngesprächen kann daher jetzt verlangt werden, daß die Gesprächsverbindung am Ursprungsort, wenn die Anmeldung innerhalb eines bestimmten Zeitraums zur Ausführung an die Reihe kommt, nicht nach der Sprechstelle, von der die Anmeldung ausgegangen ist, sondern nach einer anderen Sprechstelle desselben Ortsnetzes geleitet wird (Umleitung). Bei der Stellung des Umleitungsantrags ist die Person zu bezeichnen, die das Gespräch von der zweiten Sprechstelle aus führen wird, a. F. auch die Zeit, während welcher die Umleitung stattfinden soll. 3. 9. Umk. 9-12 B. 6115 Müller. (Name der Person, die sprechen wird.) Die Angabe einer dritten Person, die sprechen wird, nach der die Umleitung stattfinden soll, ist nicht zulässig. Die Gefahr, daß die Gesprächsverbindung zur Ausführung kommt, wenn sich die Person, die das Gespräch führen will, auf dem Wege von der einen Sprechstelle zur anderen befindet, trägt der Teilnehmer. Für den Umleitungsantrag wird eine Gebühr von 0,15 M erhoben. Sie ist mit Einzahlung des Antrags bei der Vermittlungsstelle fällig. Wird der Antrag nachträglich gestellt, so ist außerdem eine Gebühr nach RD. S. 17, 4. Abs. 2 letzter Satz zu entrichten. Diese Gebühr beträgt ebenfalls 15 Pf. Die Gesprächsgebühr und die Umleitungsgebühr werden der Sprechstelle angerechnet, die das Gespräch anmeldet hat.

Der Kostümball des Gesangsvereins „Melodie“, der außerordentlich gut besucht war, verlief in edler Feststimmung. Gedrill spielte das Ballorchester zum Tanze auf, dem reichlich gebuhlt wurde. Für die außerordentlichen Leistungen auf dem Gebiete der „Ordnung“, wurde der aus dem Indianerrevier stammende Polizeimann zum Dr. h. e. des Bringen Karneval vorgeschlagen. Es waren wieder einmal gemüthliche Stunden, die allzu rasch vergingen, um dann den heimatischen Benetzen zu müssen.

Berankstaltungen

Colosseum. Heute abend 8 Uhr Variete-Vorstellung. Eine Wohltätigkeitsveranstaltung im Stadt-Konzertsaal findet Montag, 26. Januar 1925, abends 8 Uhr zu Gunsten der Unterbringung kinder Kinder in Heilanstalten durch den Bad. Frauenverein und den Verein Jugendhilfe statt. Ausgeführt von der Frauenhilfe des Karlsruher Männervereins unter Leitung des Oberrektorlehrers H. W. Meier. Alle Freunde der Jugend sind herzlich eingeladen. (Siehe Inserat.)

Karlsruher Polizeibericht vom 19. Januar

1300 Mark wurden mittelfst Einbruch in der Nacht von Freitag auf Samstag aus einem hiesigen Dienstzimmer von unbekanntem Täter gestohlen.

Zusammenstoß. Gestern nachmittag stieß ein aus Richtung Schloßplatz kommender Perionentraktorwagen mit einem auf der Kaiserstraße fahrenden Motorabfahrer zusammen, wodurch das Motorrad beschädigt wurde. Personen wurden nicht verletzt. Der Zusammenstoß erfolgte dadurch, daß der Kraftwagenführer auf das Haltezeichen des Verkehrszeichens nicht achtete.

Trunkenheit. Gestern nachmittag wurde in der Schützenstraße ein geschledener Gärtner von hier in völlig betrunkenem Zustande auf dem Gehweg liegend aufgefunden. Er hatte erhebliche Kopfverletzungen, jedoch ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte.

Durch einen Messerstich wurde bei einer Schlägerei auf dem Gutenbergplatz gestern nachmittag ein Kaufmannslehrling von hier an der rechten Hand verletzt.

Aus dem Lande

Durlach

Aus dem Stadtrat

Zur Unterstellung der vor kurzem genehmigten mechanischen Leiter für die Freiwillige Feuerwehr des Stadtteils Aue soll, da auch die übrigen Feuerwehrgaräte nur notdürftig untergebracht sind, im Anschluß an den Herrenstall ein Feuerhaus für den Stadtteil Aue erbaut werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch der Herrenstall erweitert werden. Da für beide Zwecke 3. B. Mittel nicht zur Verfügung stehen, muß die endgültige Entscheidung bis zur Aufstellung des nächsten Voranschlags (1925/26) zurückgestellt werden. Die Leiter kann bis zur Erstellung des Feuerhauses in einem Privathaus untergebracht werden. — Die durch die Verlegung des Aufschtrabens bei Hagsfeld notwendig werdende Gemäuerungsarbeiten werden hat jetzt noch einen Geländeaustausch zur Folge, da die Eigentümer der zur Gemäuerung Durlach kommenden Grundstücke hiermit nicht einverstanden sind und darum gebeten haben, der Stadt gehörige Gelände auf Gemäuerung Hagsfeld abzugeben zu bekommen. Der Stadtrat ist vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses mit dem vorgeschlagenen Geländeaustausch einverstanden. — Der Deutsch-Amerikanische Reduktor-Gesellschaft in Hamburg wird unter verschiedenen Bedingungen gestattet, an der Gräberstraße vor dem Anwesen des Theodor Gallner eine Dapalin-Kampfanlage (zur Speisung der Kraftfahrzeuge) zu errichten. — Den Kandidatenunternehmern wird auf die Dauer von zwei Monaten ein Teil des Weicherhofes und der Reithalle überlassen. — Die Röhlenpächter werden neu festgesetzt. — Auf Antrag eines hiesigen Fuhrhalters wird entschieden, daß die Bespannung des Leichenwagens auch weiterhin in hiesiger Regie verbleiben soll. — Für die Beteiligung des städt. Kranentransportwagens wird ein Gehaltsentwurf aufgestellt. — Ein Gesuch des Vereins ehemaliger Offiziere des Dragonerregiments Prinz Karl, dessen 2. Eskadron in den Jahren 1871-87 hier in Garnison lag, hat um eine Spende für ein zu errichtendes Denkmal gebeten. Der Stadtrat glaubt dieser Bitte nicht entsprechen zu können, zumal wir infolge der finanziellen Verhältnisse noch nicht in der Lage waren, für unsere gefallenen Helden ein Denkmal zu errichten. — Da zwei Forscher in unermesslich hohem und einen kürzeren Krankheitsurlaub benötigen, wurde als Ersatz für sie ein Französischer Offizier vorübergehend eingestellt.

Letzte Nachrichten

Bluttag des Separatistenführers

Französische Strafbesetzung in Mündweiler

Ludwigschafen, 17. Jan. Der Dr. Mündweiler von der Separatistenführer Helfrich am Donnerstag nachmittag gelegentlich eines Wortwechsels der Schmid Wiede erschossen und durch einen weiteren Schuß den Scheinermesser Klein verletzt hat, erhielt heute vormittag eine Besetzung von 30 Mann. Außerdem wurde über den Ort eine Verkehrsüberwachung verhängt. Der Bevölkerung hat sich angehöht dieser Strafmaßnahmen eine große Empörung bemächtigt.

Mündweiler, 17. Jan. Zu der Bluttag des berüchtigten Separatistenführers Helfrich werden folgende Einzelheiten berichtet: Der Schmid Wiede befand sich mit einigen Freunden auf dem Heimweg. Als sie am Hause des Helfrich vorbeikamen, trat dieser vor die Türe und geriet mit den Vorbeigehenden in einen Wortwechsel. Helfrich drohte Wiede, wenn er nicht sofort weitergehe, würde er schießen. Gleich darauf trafen fünf Schüsse, von denen einer Wiede in den Oberarm traf und die Schläger zerschlug. Wiede wurde von seinen Freunden mit vieler Mühe in seine Wohnung gebracht, wo er auf dem Tode verweilt und der herbeigeeilte Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. Kurze Zeit nach dieser Tat schloß Helfrich auf dem ihm gegenüber wohnenden Scheinermesser Klein mit der Drohung: „Wart Du Lump, Dich Krieg ich auch noch!“ Die Kugel ging knapp an Klein vorbei in die Mauer. Helfrich wurde früh morgens verhaftet. Bei seiner Vernehmung gab er an, in Mündweiler gehandelt zu haben; von Augenzeugen ist jedoch festgestellt, daß Helfrich in seiner Weise angegriffen worden war.

Der Darmatprozess

Wie die gestrigen Morgenblätter erzählten, dürfte in dieser Woche in der Unternehmung der Darmatangelegenheit die Vernehmung des Geh. Rats Aue und des Geh. Rats Heilig abgeschlossen werden. Beide beitreten, für die dem Darmatangelegenheiten Kredite herbeiführten Vorteile erhalten zu haben. Es wird infolgedessen erneut die Frage geprüft, ob der Darmatprozess noch weiter aufrechtzuerhalten werden kann. Inzwischen ist die Unternehmung gegen Kautzler ebenfalls weiter gefördert worden. Das Landesfinanzamt prüft zurzeit die Steuerkonten Kautzlers nach und jagt zu diesem Zweck auch Beamte des Zollgrenz-Kontrollamts hinzu. Aber die Geschäftspraktiken der Stein-Wand werden umfangreiche Zeugenerhebungen vorgenommen. Kautzler wird sich nicht nur wegen Kreditbetrugs, sondern auch wegen Buchens zu verantworten haben.

Sitzung des internat. Gerichtshofes

Genève, 17. Jan. Die außerordentliche Sitzung des Internationalen Gerichtshofes wurde gestern im Friedenspalast von dem neuen Präsidenten Prof. Hubert eröffnung. Der Gerichtshof trat nach der Antrittsrede des Präsidenten sofort in die Verhandlung der ihm vom Völkerbund vorgelegten Fragen, welche Bedingungen durch die Griechen in Konstantinopel erfüllt werden müßten, um als Niedererklärte im Sinne des Artikels 2 des Lausanne-Vertrages vom 30. Jan. 1923 betrachtet werden zu können.

Ein Friedensdenkmal in der ehemaligen Kampzone

Paris, 17. Jan. In Frankreich bildete sich ein Komitee zur Errichtung eines Friedensdenkmals, das aus einem der Schlachtfelder unter Zustimmung der französischen Regierung und unter Mitwirkung aller Völker der Erde errichtet werden soll. Dem Komitee traten Herris, Kammerpräsident Baintevie, die Abg. Boncourt und Lion 21 u. m, ferner der Rektor der Pariser Universität und der Vorsitzende der französischen Liga der Menschenrechte bei.

Wasserstand des Rheins

Schiffen 28, gef. 14; Nebl 14, gef. 4; Mainz 320, gef. 3; Mannheim 200, gef. 3 Zentimeter.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Die Beamtenpolitik eines badischen Juristen

Der 'Schwäbische Merkur' in Stuttgart war schon vor dem Kriege politisches Sprachrohr jener badischen Rechts-Nationalisten...

Nach dem Kriege waren jene Kreise längere Zeit politisch schweigsam. Aber jetzt werden sie wieder munter, und so findet man gelegentlich wieder längere und kürzere Artikel...

Zu 'Schwäbischen Merkur' vom 15. Januar (Nr. 22) werden für diese unsere Annahme und Feststellung wieder einige Beispiele gebracht.

Wir glauben den 'badischen Juristen' zu kennen; er ist ein Jurist, aber man kommt seiner Persönlichkeit näher, wenn man ihn als Verwaltungs-Juristen, der er ist, bezeichnet.

Staat verbietet, den Beamten der Gruppen 1-6 anfast 12 1/2 % die von der Regierung und vom badischen Landtag bewilligten 20 Prozent zu geben...

Formell ist es nur zu begrüßen, daß Wadens Aufsehung gegen das Reich zu einer Niederlage geführt hat.

Weil also die scharfe Ungerechtigkeit bei der letzten Beförderungs-Regelung durch die beruflichen Anstalten in Baden fortgiert werden sollte...

Diese 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen. Sie seien in Baden durch gute Behandlung seit der Revolution nicht verwöhnt worden...

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen.

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen.

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen.

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen.

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen.

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen.

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen.

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen.

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen.

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Das der badische Jurist nichts übrig für die unteren Beamten, dann um so mehr für die oberen.

Die 'soziale' Einleitung des Artikels steht nun im merkwürdigen Gegensatz zur Fortsetzung und zum Schluß.

Gesichts-Ausschlag

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Bereinsanzeiger

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Bei 8 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile...

Resi-Lichtspiele Waldstraße 30. Bis einschließlich Donnerstag ununterbrochen von nachm. halb 4 bis abends 11 Uhr. Nur Erstausführungen! Das Tagebuch. Der Roman einer großen Liebe in 7 Kapiteln.

Badisches Landestheater. Montag, den 19. Januar, 7-11 Uhr. Volkshöhe 5 (4.50). In neuer Inszenierung: Faust I. Teil.

Bürgerausschussversammlung. Ich berufe die Mitglieder des Bürgerausschusses zur Erledigung des Beschlusses der Tagesordnung der Sitzung vom 16. ds. Mts. hierdurch zu einer öffentlichen Versammlung an...

In das Handelsregister B Band II D3. 54 ist eingetragen: Firma und Sitz: 'Altramag' Export und Import Compagnie m. b. H. Karlsruhe (Kaiserstraße 141).

In das Handelsregister B Band VIII D3. 50 ist zur Firma Gerops & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 5. Januar 1925 ist die Gesellschaft aufgelöst.

In das Handelsregister B Band VII D3. 40 ist zur Firma Holz-Industrie-Aktiengesellschaft Rotenfels, Karlsruhe eingetragen: Nach dem bereits durchgeführten Beschluss der Generalversammlung vom 16. September 1924 wurde das Grundkapital infolge Umstellung auf 180 000 Reichsmark ermäßigt und zugleich um 90 000 RM. erhöht.

Gesichts-Ausschlag. Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Damenbart. radikal mit Wurzeln. Die Krankheit des Gesichtsausschlags ist eine der häufigsten Krankheiten...

Felle-Haare! Mohr, Ochs, Schweins-haare, Menschenhaare, Subhaare, Waulwurfselle, Stall-u. Fedthaare, Bettfedern, alt und neu, laut jedes Quantum 751

In das Handelsregister B Band VIII D3. 50 ist zur Firma Gerops & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 5. Januar 1925 ist die Gesellschaft aufgelöst.

In das Handelsregister B Band VII D3. 40 ist zur Firma Holz-Industrie-Aktiengesellschaft Rotenfels, Karlsruhe eingetragen: Nach dem bereits durchgeführten Beschluss der Generalversammlung vom 16. September 1924 wurde das Grundkapital infolge Umstellung auf 180 000 Reichsmark ermäßigt und zugleich um 90 000 RM. erhöht.

In das Handelsregister B Band VIII D3. 50 ist zur Firma Gerops & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 5. Januar 1925 ist die Gesellschaft aufgelöst.

In das Handelsregister B Band VII D3. 40 ist zur Firma Holz-Industrie-Aktiengesellschaft Rotenfels, Karlsruhe eingetragen: Nach dem bereits durchgeführten Beschluss der Generalversammlung vom 16. September 1924 wurde das Grundkapital infolge Umstellung auf 180 000 Reichsmark ermäßigt und zugleich um 90 000 RM. erhöht.

Kohlen Holz u. Brikett. alle Sorten, in nur erstklassiger Ware empfindlich billigst u. reell in jeder Menge frei Haus und ab Lager

Math. Kohler Büro und Durlacherstr. 30 Kleinverkauf: Wolfartsweberstrasse 4 Hauptlager: Wolfartsweberstrasse 4 (Rangierbahnhof)

Handformer. Kellere gelehrte. UURANIA 12 Monatshefte u. 4 Bücher

URANIA 12 Monatshefte u. 4 Bücher. Der 'Proletarische Kosmos'

Volksbuchhandlung Karlsruhe Adlerstraße 43. Durlacher Anzeigen. Arbeits-Vergebung.

Staats-lotterie! Die Erneuerung der Lose zur Haupt- und Schlussklasse der 24./250. Preuss. Südd. Klassenlotterie

Zwerg vorm. Götz. bad. Lotterie-Einnehmer. Hebelstraße 11 und Waldstraße 38 Tel. 4528. Postcheckkonto 17808

Altpapier * Alteisfen Lumpen, Kupfer, Messing, Zinn, Blei sowie sämtliche Rohprodukte

Altpapier * Alteisfen Lumpen, Kupfer, Messing, Zinn, Blei sowie sämtliche Rohprodukte

Guggenheim & Co., Gaggenau



Hemdentuch 80 cm breit, prima Ware 90. 70. 55	Handtuchzeug starke Qualitäten 85. 65. 45	Halbleinen 80 cm breit 1.35	Kleider-Frotté karriert nur 1.25	Arbeitshose gute Zwirware 4.25
Bettkattun 80 cm breit 95. 75. 68	Schürzenzeug 90 cm breit nur 95	Halbleinen 150 cm breit 2.50	Kleiderstoff Halbwolle, doppelbreit 1.95 1.25	Kissen mit Feston 1.95 2.50
Hemden Flanell gute Qualitäten 95. 75. 68	Schürzenzeug ca. 120 cm breit 1.65 1.35	Bettlicher prima Qualität 4.75 3.95	Kleiderschotten doppelbreit 1.35	Blaue Anzüge prima Qualität 6.50
Zefier neue Streifen, 80 cm breit 95. 75	Kleiderzeug doppelbreit 1.75 1.25	Jacquard-Decke 7.95	Donegal 110 cm breit, 1. Kostüme 2.75	Herren-Socken grau gestriekt 45
Pelz-Piqué 80 cm breit 1.30, 1.20 1.05	Blusen-Flanell schöne Streifen 1.25	Damast 130 cm breit 2.65 1.95	Kleiderstoff 110 cm breit, gestreift 3.50	Einsatzhemd prima Trikot 2.75
Damen-Blusen 2.95 3.95 4.95 5.95	Damen-Mäntel Gute Qualitäten Anfangend 13.50	Kinder-Mäntel Anfangend 5.90	Damen-Kleider Anfangend 6.90	

Guggenheim & Co., Gaggenau.

Zunichwohnung.
Zunische meine 2-Zimmer-Wohnung in der Stadtbladt gegen eine 3-4-Zimmer-Wohnung in der Süd- od. Mittelstadt. Zu erfragen im Hofstedenhof.

Pelze
werden billigst umgearbeitet u. modernisiert. 690
Boeckstr. 31 IV, r.

Wohltätigkeits-Veranstaltung
im städt. Konzerthaus
am Montag, 26. Januar 1925, abends 8 1/2 Uhr
zu Gunsten der Unterbringung

franter Kinder in Heilstätten
durch den Bad. Frauenverein
und den Verein Jugendhilfe.
Ausgeführt von der

Turnschule d. Karlsruher Männerturnvereins
unter Leitung des Oberreallehrers R. W. Reiser
778

Gebr. Herd
noch gut erhalten, für 15
RM. zu verkaufen.
Weberstr. 41, 4. Et. L.

Druckmaschinen
alterer liefert
Buchdruck. Volksfreund
Luisenstraße 24.

Bad. Jugendherbergen / Ortsgr. Karlsruhe
Mittwoch, den 21. Januar 1925, abends 8 Uhr,
im Gemischten Hörsaal der tech. Hochschule
Herr Ernst Marten: 777
„Jugendburgen und Burg Ludwigstein“
Vortrag mit Lichtbildern.
Eintritt: Erwachsene 1 RM., Jugendliche 50 Pfg.
Vorverkauf: Links Buchhandlung, Kaiserstraße 94,
Geschäftsstelle des Zweigvereins, Bismarckstr. 10.

COLOSSEUM
Täglich das vollständig neue
Varieté-Programm

Guterhaltene Möbel
gebrauchte Möbel
hat fortwährend z. Verkauf.
D. Gumann,
Rudolfstraße 12. An- und
Verkaufsgeschäft. 762

Ein großer Bettstellen
Voll-eichen, 101. Vorrat,
per Paar RM. 78.-, zu
verkaufen. Patentrolle
und Matrassen billigst.
D. Gumann, Rudolf-
straße 12. Möbelhandlung.

Die
Städt. Sparkasse Karlsruhe
ist in der Lage, in immer mehr zunehmendem Maße
das Kontokorrentkreditgeschäft zu pflegen und
Darlehen in laufender Rechnung
insbesondere an Geschäfte aller Art zu gewähren.
Solche Geschäftskredite werden gegen
entsprechende Sicherheit bei mäßiger Verzinsung
gegeben.
Der Zinsfuß wird — jeweils der Geld-
marktlage entsprechend — vom Verwaltungsrat
der Sparkasse festgelegt.
Die Zinsen werden nur für die jeweils
tatsächlich geschuldete Summe und für die
jeweils in Frage kommenden Tage berechnet.
Argendliche postliche Spesen, wie Kredit-
provision, Umkehrprovision und dergl. Porto
u. w. kommen nicht in Anrechnung. 287
Nähere Auskunft erteilt bereitwilligst das
Städtische Sparkassenamt.

Geschäfts-Eröffnung.
Am Montag, den 19. Januar eröffne ich
in dem Hause
Neckenstraße 1
einen Spezialverkauf für
Milch und Milchprodukte
Ich empfehle mich besonders für den regel-
mäßigen Bezug von frischer Milch, Butter,
Käse, etc. etc. mit der Versicherung, daß ich
keine daran bedacht sein werde, den Wünschen
meiner Kundschaft in jeder Beziehung gerecht
zu werden. 779
Kochschneidewall
Josef Laub.